



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen



Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft 1914

07.01.1914 - 1. Sitzung

Staats-und Universitätsbibliothek Bremen - Digitale Sammlungen

N^o 1.

Verhandlungen der Bürgerschaft.

Sitzung vom 7. Januar 1914.

Entschuldigt waren folgende Herren:

Bassermann, Herm.	Frese, Emil.
Biedermann, W.	Henke, A.
Fette, E.	Kaemena, H.
Frands, Friß.	Koenenkamp, W.

Liesau, Dr. med.
Logemann, Fr.
Pappier, Fr.
Sager, H.

Sanders, Dan.
Schelb, H.
Tietjen, Dan.
Binnen, F. A.

Unentschuldigt fehlte niemand.

Gegenstände der Tagesordnung:

	Verhandelt Seite		Verhandelt Seite
I. Wahl des Geschäftsvorstandes	3	IX. Mitteilung des Senats vom 12. Dezember 1913:	
II. Mitteilung des Senats vom 22. Aug. u. 9. Dez. 1913:		5. Kohlenstraße	27
3. Instandsetzung der Verbrennungsofen im		6. Errichtung von zwei neuen ordentlichen	
Krematorium	3	Lehrerstellen an den gewerblichen Schulen	27
III. Mitteilung des Senats vom 11. April 1913		7. Baumpflanzungen im südlichen Fußwege des	
und Bericht der Kommission (Nr. 22):		alten Postweges von Hastedter-Chaussee bis	
5. Anbringung von Doppelfenstern im Technikum	10	Kirchhofstraße und in der Bräckenstraße von	
IV. Mitteilung des Senats vom 22. November 1913:		Neustadtwall bis Kornstraße	27
5. Ruheohnberechtigung der in staatlichen		8. Umgestaltung der Bahnhofsanlagen	27
Betrieben beschäftigten Arbeiter.		9. Beschaffung weiteren Inventars für das	
(N. z. Verh. gef.)		Technikum	28
V. Antrag, betreffend Gebäude für die Bürgerschaft.		X. Mitteilung des Senats vom 20. Dezember 1913:	
(Bericht des Bürgeramts, Nr. 19.)		9. Errichtung einer neuen ordentlichen Lehrerstelle	
(N. z. Verh. gef.)		an der Fortbildungsschule für Kleinhandel	28
VI. Mitteilung des Senats vom 16. Dezember 1913:		13. Errichtung einer Oberlehrerinnenstelle und	
1. Nachbewilligung auf den Regulierungsfonds	3	einer ordentlichen Lehrerstelle am Volks-	
2. Ausgestaltung des Westerdeichs zu einem		schullehrerinnenseminar	28
Promenadenweg.		XI. Antrag, betreffend die alte Heerstraße bei Guchting.	
3. Antrag, betreffend Instandsetzung der freien		(N. z. Verh. gef.)	
Plätze vor dem Hohentor. (N. z. Verh. gef.)		XII. Antrag, betreffend das Gelände der alten Gasanstalt	
4. Vermehrung des Beamtenpersonals in der		und die Grünestraße in Bremerhaven.	
Strafanstalt	24	(N. z. Verh. gef.)	
VII. Mitteilung des Senats vom 5. Dezember 1913:		XIII. Antrag, betreffend zukünftige Verwertung der	
4. Regulierung der Straße vor dem Steintor	26	Notbrücke. (N. z. Verh. gef.)	
VIII. Mitteilung des Senats vom 9. Dezember 1913:		XIV. Antrag, betreffend die Prägung von Dreimarlstücken.	
1. Agronomisch-geologische Aufnahme des		(N. z. Verh. gef.)	
bremischen Staatsgebietes	26	XV. Mitteilung des Senats vom 31. März 1911	
4. Bauliche Änderungen auf den Fuhrpart-		und Bericht der Kommission (Nr. 10):	
stellen IV (Nordstraße) und V (Hastedt)	26	Änderung des § 71 der Bauordnung vom	
		21. Oktober 1906. (N. z. Verh. gef.)	

Verhandelt Seite

Verhandelt Seite

- XVI. Mitteilung des Senats vom 24. Mai 1913:
9. Bebauungsplan eines Teils der Vorstadt Schwachhausen. (N. z. Verh. gef.)
- XVII. Mitteilung des Senats vom 8. November 1913:
8. Dienststellen im Eisenbahnbetriebe des Holsauschlußgebiets. (N. z. Verh. gef.)
- XVIII. Mitteilung des Senats vom 25. November 1913:
6. Errichtung eines Dienstwohnhauses zwischen den beiden Kaiserschleusen in Bremerhaven. (N. z. Verh. gef.)
- XIX. Mitteilung des Senats vom 2. Dezember 1913:
4. Aenderung der Hinterlegungsordnung und des Ausführungsgegesetzes zum Deutschen Gerichts-
kosten-gesetz. (N. z. Verh. gef.)
- XX. Antrag, betreffend Staatszuschuß für die Schulen in den Hafenstädten. (N. z. Verh. gef.)
- XXI. Mitteilung des Senats vom 12. Dezember 1913:
3. Erhöhung des Staatszuschusses für die Pensions-
kasse der vereinigten höheren Mädchenschulen. (N. z. Verh. gef.)
- XXII. Mitteilung des Senats vom 17. Dezember 1913:
Jahresbericht der Deputation für die
Stadterweiterung. (N. z. Verh. gef.)

- XXIII. Mitteilung des Senats vom 20. Dezember 1913:
10. Spielplatz in der Neustadt und Bebauungsplan.
11. Unentgeltliche Heizung der Friedhofskapellen.
12. Festsetzung von Planstrafen auf dem rechten
Weiserufer für die Kanalisation des Piepengraben-
gebiets. (N. z. Verh. gef.)
- XXIV. Mitteilung des Senats vom 23. Dezember 1913:
1. Veränderung der Ballanlagen am Herd. ntor.
2. Pflege erkrankter Desinfektoren.
3. Schutz der Vögel.
4. Vorlage eines Gesetzes, betreffend Abgabe
für die Straßenreinigung und Müllabfuhr. (N. z. Verh. gef.)
- XXV. Mitteilung des Senats vom 30. Dezember 1913:
1. Bereitstellung von Mitteln für den weiteren
Ausbau der Außenweiser.
2. Beschaffung von Lehrmitteln für die
Realschule in der westlichen Vorstadt.
3. Titelüberschreitung: 1. beim Neubau der Schule
an der Regensburgerstraße, 2. beim Neubau
der Schule an der Rürnbergerstraße.
4. Jahresbericht des Tonnen- und Bakenamts. (N. z. Verh. gef.)

Herr Dr. Quidde präsidiert.

Eröffnung der Sitzung 6 Uhr 15 Minuten.

Präsident: Ich eröffne die erste Sitzung im Jahre 1914 und wünsche meinen Herren ein fröhliches Neujahr! (Rufe: Gleichfalls!)

Das Protokoll der vorigen Sitzung wird genehmigt.

Präsident: Eingegangen ist eine Mitteilung des Senats vom 6. Januar:

1. Erhebung einer Einbürgerungsgebühr.
2. Gewährung eines Darlehens an die Gemeinde Oberneuland-Rockwinkel zu Schulzwecken.
3. Neubau eines Polizeibureaus für den V. Distrikt.
4. Schaffung eines Lagerplatzes für Straßenbaumaterialien am Handels- und Industriehafen.

Zu Senatskommissaren sind bestellt für die Verhandlungen,

betreffend Zustandsetzung der Verbrennungsöfen im Krematorium, Herr Senator Hildebrand an Stelle von Herrn Senator Dr. Kirchhoff,

betreffend Vermehrung des Beamtenpersonals in der Strafanstalt, Herr Senator Hildebrand, dem Herr Direktor Fliegenschmidt beigeordnet ist,

betreffend Doppelfenster im Technikum, Herr Senator Hildebrand, dem Herr Staatsbaurat Knop beigeordnet ist,

betreffend Bereitstellung von Mitteln für den weiteren Ausbau der Außenweiser, Herr Bürgermeister

Stadtländer, dem Herr Baudirektor Suling beigeordnet ist.

Der Bürgererschaft sind folgende Eingaben zugegangen:

1. eine Eingabe der Mitglieder des Verbandes der akademischen Lehrkräfte an den Bremer privaten Bildungsanstalten für die weibliche Jugend um Regelung der Gehaltsverhältnisse der Oberlehrer,
2. eine Eingabe der Leiter der subventionierten bremischen Lyzeen und höheren Mädchenschulen, betreffend Erhöhung der staatlichen Subvention,
3. eine Eingabe der Vereinigung nordwestdeutscher Dentisten e. V., Abteilung Bremen, betreffend Einrichtung von Fortbildungsklassen für Dentisten.

Die Eingaben liegen sämtlich in der Kanzlei zur Einsicht aus.

Herr Biedermann hat wegen einer Geschäftsreise nach Indien und Java um Urlaub bis April gebeten. Ich nehme an, daß die Bürgererschaft den Urlaub erteilt.

Herr Fr. Achelis bittet um Entlassung aus der Baudeputation. Ich darf annehmen, daß die Bürgererschaft damit einverstanden ist.

Schließlich habe ich der Bürgererschaft noch mitzuteilen, daß ihr im Auftrage der Deputation für den Neubau des Stadthauses 147 Exemplare des Werkes „Das neue Rathaus in Bremen“ übersandt sind. Jedes Mitglied kann ein Exemplar in Empfang nehmen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erteile ich Herrn Garves das Wort zu einer kurzen Erklärung.

Herr Garbes: Herr Präsident! Meine Herren! Die in der letzten Sitzung gelegentlich der Debatte über die Anstellung eines Oberaufsehers für den Schlachthof von mir gemachten Ausführungen scheinen auf verschiedenen Seiten mißverstanden zu sein. Ich möchte nur klarstellen, daß es mir absolut ferngelegen hat, dem verstorbenen Inspektor Rosenberg persönlich anzugreifen. Es ergibt sich das auch aus dem stenographischen Bericht über die Verhandlung, der uns am vergangenen Sonntage zugegangen ist. Des weiteren erkläre ich, daß ich es ablehne, den Herrn für die Verhältnisse auf dem Schlachthofe, die ich für reformbedürftig halte, verantwortlich machen zu wollen. (Bravo!)

Nr. I der Tagesordnung:

Wahl des Geschäftsvorstandes.

Wahl des Präsidenten.

Herr Garde: Herr Präsident! Meine Herren! In dankbarer Anerkennung der bewährten Geschäftsleitung seitens unseres verehrten Präsidenten, Herrn Dr. Quidde, erlaube ich mir den Antrag zu stellen, Herrn Dr. Quidde auch diesmal durch Akklamation wieder zu wählen. (Bravo!) Wir wissen, was wir an ihm haben und das uns zu erhalten, ist der Zweck meines Antrages. Ich bitte Sie, meinen Antrag anzunehmen. (Bravo!)

Präsident: Eine Wahl per Akklamation ist nur zulässig, wenn von keiner Seite Widerspruch erhoben wird. Ich frage, ob Widerspruch erhoben wird? Das ist nicht der Fall. Dann nehme ich die Wahl mit aufrichtigem Danke an und werde bestrebt sein, die Präsidialgeschäfte gewissenhaft zu führen und die Verhandlungen unparteiisch zu leiten. (Bravo!) Ich hoffe, das Vertrauen, das Sie in mich von neuem gesetzt haben, zu rechtfertigen, und möchte noch Herrn Garde für die lebenswürdigen Worte danken, die er unter Ihrer Zustimmung soeben an mich gerichtet hat.

Wahl der beiden Vizepräsidenten.

Herr Garde: In gleicher Weise, wie wir eben unserm Herrn Präsidenten das Vertrauen gezeigt haben, glaube ich auch, daß es unsere beiden Vizepräsidenten verdienen durch ihre bewährte Hilfe und Unterstützung, die sie unserm Präsidenten haben zuteil werden lassen. Ich ersuche Sie daher, unsere beiden Vizepräsidenten gleichfalls per Akklamation wieder zu wählen. (Bravo!)

Präsident: Erfolgt ein Widerspruch? — Das ist nicht der Fall. Dann sind die beiden Herren durch Zuruf wiedergewählt, und ich darf zu meiner Freude erklären, daß beide Herren die Wahl gern annehmen.

Wahl der vier Schriftführer.

Herr Boettcher: Ich möchte bitten, unsere bewährten vier Schriftführer wiederzuwählen, also die Herren Garde, Syndikus Köfing, Dr. Scherer und Bruns. Ich möchte bitten, diese Herren per Akklamation zu wählen.

Präsident: Erfolgt ein Widerspruch? — Das ist nicht der Fall. Dann sind die Herren durch Zuruf wiedergewählt, und ich möchte meinerseits den Herren den Dank der Bürgerschaft für ihre oft mühevollen Tätigkeit aussprechen.

Herr Senator Hildebrand ist noch nicht anwesend. Deshalb können wir einige kleine Sachen unter VI. vorweg nehmen. (Zustimmung.)

Nr. VI der Tagesordnung:

Mitteilung des Senats vom 16. Dezember 1913:

1. Nachbewilligung auf den Regulierungsfonds.

Der Antrag wird ohne Debatte angenommen.

(Herr Senator Hildebrand erscheint.)

Nr. II der Tagesordnung:

Mitteilung des Senats vom 22. August und 9. Dezember 1913:

3. Instandsetzung der Verbrennungsöfen im Krematorium.

Senatskommissar Herr Senator Hildebrand.

Präsident: Heute ist mir von Herrn Strudmann folgender genügend unterstützter Antrag überreicht worden:

Die Bürgerschaft ersucht den Senat, die Baudeputation, Abteilung Hochbau, zu veranlassen, von einem namhaften Feuerungstechniker ein Gutachten darüber einzuholen, ob das Schmidt'sche Projekt den Anforderungen der Baudeputation in gleicher Weise entspricht wie das Beck'sche. Bis zum Eingang dieses Gutachtens setzt die Bürgerschaft die Beschlussfassung aus.

Herr Ed. Achelis: Herr Präsident! Meine Herren! Nachdem hier seinerzeit diese Angelegenheit an die Baudeputation zurückverwiesen worden war mit der Aufforderung, noch weitere Firmen zur Konkurrenz heranzuziehen, ist die Baudeputation diesem Wunsche gefolgt und hat eine neue Ausschreibung erlassen. Sie ist nach den eingegangenen Offerten doch wieder zu dem Entschlusse gekommen, die Instandsetzung der Verbrennungsöfen den Herren Beck und Kossel zu übertragen, nur mit dem Unterschiede, daß diese beiden Firmen jetzt ihr Angebot um 2000 Mk ermäßigt haben, was nur angenehm sein

kann, und daß die Firma Paul Kossel & Co. die Verantwortung über den ganzen Bau übernommen hat. Ich weiß nicht, ob es daher angebracht ist, auf den Antrag Struckmann heute noch einzugehen, jedenfalls möchte ich im Namen der Baudeputation bitten, die Sache heute zu erledigen und dem Antrage der Baudeputation zuzustimmen. Die Baudeputation hat sich sehr eingehend mit der Sache beschäftigt, und sie ist einstimmig zu der Ueberzeugung gekommen, daß das Angebot von Beck anzunehmen ist. Die Firma Alfred Schmidt ist in lebhafter Weise für ihr eigenes Projekt eingetreten, und heute noch haben wir ein Schriftstück in der Sache bekommen. Aber ich habe mich nicht überzeugt, daß es ein Grund für die Baudeputation sein kann, von ihrem Antrage abzugehen. Einer der Hauptgründe ist, daß die Firma Alfred Schmidt noch keinen Verbrennungsofen geschaffen hat, und darüber hinweg dürften uns alle Garantien nicht helfen. Wir möchten nicht das Risiko auf uns nehmen, daß nach einigen Jahren, wenn der Verbrennungsofen nach dem System Schmidt sich als unbrauchbar erweisen sollte, die Verbrennungen nicht in Bremen stattfinden könnten und die Leichen auswärts verbrannt werden müßten. Die Baudeputation glaubt nicht verantworten zu können, ein weiteres Risiko vorzuschlagen. Und da die Garantie von Beck und Kossel in durchaus genügender Weise gegeben ist, so hält die Baudeputation es für richtig, dieses Projekt zur Ausführung zu bringen.

Auf die Art und Weise, wie die Firma Schmidt vorgegangen ist, glaube ich zurzeit nicht weiter eingehen zu müssen, vielleicht im Laufe der Debatte; vielleicht nimmt auch der Herr Senatskommissar noch Veranlassung, dazu Stellung zu nehmen.

Herr Hagemeyer: Herr Präsident! Meine Herren! Die Baukommission hat aus zwei Gründen seinerzeit gebeten, die Sache an die Baudeputation zurückzuverweisen. Der eine Grund erschien der wesentlichere. Er ging dahin, daß wir es als notwendig erachteten, eine einheitliche Garantie zu bekommen, und wir erkennen dankend an, daß die Baudeputation das erreicht hat. Das, was die andere Frage betrifft, ob der Zuschlag gemäß dem Vorschlage der Baudeputation erteilt werden solle oder nicht, darüber war man in der Baukommission verschiedener Meinung. Aber in der Mehrheit war man der Ansicht, daß es mißlich ist, der Baudeputation seitens der Baukommission und ebenso seitens der Bürgerschaft bei Vergebung eines Auftrages Vorschriften zu machen, und wir glaubten, das nicht tun zu sollen. Wir haben uns bemüht, auch sachlich die Offerten zu prüfen und sagen, daß die billigste Offerte von der Firma Schmidt uns nicht empfehlenswert erscheint, weil unsere Sachverständigen sich dahin ausgesprochen haben, daß diese Fundamentierung nicht unbedenklich sei.

Die zweite Offerte, die Schmidt in Verbindung mit einer anderen Firma gegeben hat, ist nur um ein geringes billiger als die jetzt vorliegende Offerte, die die Baudeputation zur Annahme empfiehlt, und ich habe namens der Baukommission zu erklären, daß sie meint, daß die Differenz nicht groß genug sei, um Stellung gegen die Vorlage der Baudeputation zu nehmen.

Herr Struckmann: Herr Präsident! Meine Herren! Um das Vorgehen der Firma Schmidt zu rechtfertigen und ins rechte Licht zu stellen, möchte ich bitten, mir zu erlauben, auf die Vorgeschichte etwas näher einzugehen. Am 22. August ist die Vorlage des Senats wegen Umbau der Krematoriumsöfen an die Bürgerschaft gekommen. Die Bürgerschaft hat auf Vorschlag der Baukommission am 3. September beschlossen, die Sache an die Deputation zurückzuverweisen. Die Baukommission hat den Vorschlag gemacht, mehrere Lieferanten zur Konkurrenz heranzuziehen, um daraufhin nachher erst die Entscheidung zu treffen. Vorher hatte sich die Firma Schmidt schon an das Hochbauamt gewendet und hatte ihre Referenzen, die sie auf dem Gebiete des Ofenbaues hat, überreicht und deshalb gehofft, daß sie jetzt zur erweiterten Konkurrenz, die am 3. September von der Bürgerschaft gewünscht wurde, mit hinzugezogen würde. Sie hat sich dann wiederholt an das Hochbauamt gewendet, aber leider nicht erreichen können, eine Unterredung mit Herrn Baurat Weber zu erhalten. (Hört! Hört!) Verschiedentlich haben die Vertreter der Firma oder Herr Schmidt selbst sich vorgestellt, aber es ist nicht möglich gewesen, Verbindungen anzuknüpfen. Dann hat sich die Firma schriftlich an das Bauamt gewendet am 14. September, auch auf dieses Schreiben ist der Firma keine Antwort erteilt worden. (Hört! Hört!) Für den 10. Oktober war die Eröffnung der Offerten angesetzt worden, und einige Tage vorher hat sich dann die Firma an Herrn Senator Hildebrand gewendet, der veranlaßte, daß noch eine Offerte von Schmidt eingezogen wurde. Die Firma Schmidt hat Wert darauf gelegt, daß sie ihre Offerte nicht einfach auf den Tisch legen wollte, sondern daß sie tatsächlich eine Aufforderung vom Hochbauamte erhielt. Denn sonst wäre ihre Offerte vollständig unter den Tisch gefallen. Am 10. Oktober hat sie ihre Offerte eingereicht und war mit 18800 M. die billigste. Bei solcher engeren Submission ist es üblich, daß man auf die billigste Offerte zunächst eingeht und zusieht, ob sie annehmbar ist. Denn wenn man das nicht tut, muß man sich doch sagen, man hätte eine nicht würdige Firma zur Submission aufgefordert, und sie ist doch der Aufforderung gefolgt, sie ist offiziell als würdig mit hinzugezogen worden. Nach dieser Submission — da will ich gleich die Sache berühren, die Herr Achelis soeben angedeutet hat —, also nach dem 10. Oktober und zwar am 14. November, hat Schmidt an einen Kollegen,

Ingenieur Schneider in Stettin geschrieben, ob er geneigt wäre, falls sein Angebot, was er eingereicht hätte, Aussicht auf Erfolg hätte, sein System zu begutachten, nicht wie immer behauptet wird, zu befürworten. Er würde sich andernfalls auch erbötig zeigen, über die Schneiderschen Ofen ein Gutachten abzugeben. (Zwischenrufe.) Dieses Schreiben wird nun dazu benutzt, um die Firma Schmidt zu diskreditieren. Im übrigen ist die Sache nach meiner Meinung vollständig legal. Nachdem Schneider kein Gutachten schickte, sondern statt dessen den Brief, den Schmidt vertraulich an Schneider gesandt hatte, der Baudeputation zuschickte, was eigentlich nicht kollegialisch genannt werden kann, da ist Herr Schmidt am 22. November dazu übergegangen, einen anderen Sachverständigen auf seine Kosten heranzuziehen, um ein Gutachten zu erhalten. Er hat sich an die technische Hochschule in München gewendet und gebeten, die möchte ihm einen geeigneten Sachverständigen für Feuerung und Heizungsanlagen angeben, und die Hochschule hat den Diplomingenieur Loefer bezeichnet. Der hat ein Gutachten über das System Schmidt abgegeben. Dieses Gutachten haben meine Herren von der Bürgerschaft in der ersten Eingabe erhalten. Leider werden bei solchen Eingaben die Gutachten nur flüchtig durchgelesen, und ich habe auch hier die Erfahrung gemacht, daß das Gutachten nicht im ganzen aufmerksam gelesen worden ist. Die Herren, mit denen ich darüber gesprochen habe, hatten nur den Schluß gelesen und da steht, daß das System Schmidt allen besseren Ofensystemen ruhig an die Seite gestellt werden kann. Die Herren haben einfach nicht das Gutachten im ganzen gelesen. Im ersten Teile des Gutachtens wird ausgeführt, wie der Ofen äußerst praktisch gebaut wird. Im zweiten Teile werden alle die Vorzüge der Feuerung und Heizungsanlage mit der vorteilhaften Luftzuführung dargestellt, und im weiteren Absatz wird gesagt, wie die Heizung leicht bedient und die Asche herausgenommen werden kann. Somit handelt es sich doch tatsächlich um eine wesentliche Verbesserung in der Verbrennungsangelegenheit, und da meine ich doch, daß die Firma Schmidt wirklich Veranlassung hatte, sich an die Bürgerschaft zu wenden, da sie annehmen mußte, daß sie an die Wand gedrückt oder ausgeschaltet werden sollte. Man hatte sich, wie ich annehme, mit der Firma Beck & Co. so liiert, daß man glaubte, man müsse bei der Firma Beck bleiben. Wie wird es werden, wenn die Bürgerschaft nicht eingreift, das Rechtsgefühl muß darunter leiden. Wie soll es in der Zukunft werden? Wir haben weitere Verbrennungsöfen zu bauen in Osterholz, und dann wird man wieder auf Beck verfallen. Ich meine, wir dürfen kein Monopol schaffen, und wenn ein Mann sich Mühe gibt, das was er für richtig erkannt hat, sozusagen unter das Publikum zu bringen und zwar im Staatsinteresse, so meine ich, man müßte dieses Bestreben unterstützen, zudem ist er Bremer, wohingegen die anderen Auswärtige sind. Ich kann natürlich

nicht behaupten, daß dieses System, was Schmidt empfiehlt, richtig ist und genommen werden soll, aber ich möchte doch bitten, daß man nicht so einfach einen Strich dadurch macht und den Mann ganz abseits schiebt, sondern daß man noch ein anderes Gutachten einzieht, ob das Schmidtsche Projekt wirklich so schlecht ist, daß wir es nicht gebrauchen können, oder ob es Vorzüge hat, und dann können wir uns immer noch entschließen. Es liegt kein Grund vor, heute schon zu beschließen, denn das Wasser im Blockland und im Felde steht so hoch, daß es nicht möglich ist, heute schon anzufangen. Wir werden sehr viel Wasserandrang haben, so daß wir noch 4—6 Wochen warten müssen, und diese Zeit brauchen wir nicht, um ein Gutachten einzuholen.

Dann möchte ich gegen das Kosselsche Projekt noch einige Bedenken äußern. Der Beton muß in zwei Bauabschnitten eingebracht werden. Der eine Ofen muß abgebrochen werden und die eine Hälfte muß betoniert werden. Das ist gefährlich, weil der Ansaß bei der Fundierung des zweiten Ofens leicht eine Fuge geben kann im Beton, da die Eiseneinlage nicht in einer Länge durchgehen kann wegen Verbeibehaltung des anderen Ofens zur Aufrechterhaltung des Betriebes. Diese Fuge, die da entsteht, ist sehr gefährlich, daß wir es uns zehnmal überlegen müssen, diese Betonierung auszuführen. Das ist das, was Schmidt veranlaßt hat, die Bodendichtung durch ein Gefäß aus 8 mm starkem Kesselblech, dessen einzelne Teile an Ort und Stelle zusammengeschweißt werden, zu machen und in diesem einbetonierten Kasten seine Ofen zu fundieren. Wir müssen vorsichtig sein, wegen der schlechten Erfahrung, und wir vergeben uns nichts, wenn Sie meinen Antrag annehmen. Dann werden Sie klar sehen, und ich werde der erste sein, der sich, wenn das Gutachten gegen Schmidt ausfällt, dann zurücktritt.

Senatskommissar Herr Senator Hildebrand: Herr Präsident! Meine Herren! Ich kann es Herrn Struckmann nachfühlen, daß er wünscht, Staatsarbeiten möglichst Bremern zuzuwenden, und ich kann namens der Baudeputation erklären, daß sie ihrerseits durchaus auf dem Standpunkte steht, daß sie nicht nur, wenn die Verhältnisse gleich sind, den Bremern den Vorzug gibt, sondern auch sehr häufig die Bremer vorzieht, wenn die Differenz im Preise keine erhebliche ist; also wir bewilligen den hiesigen Lieferanten und Unternehmern häufig größere Preise und bezahlen mehr, als wenn wir die Arbeiten Auswärtigen übergeben würden. Das ist ein Verfahren, das auch in anderen Städten angewendet wird, sich durch die Verhältnisse rechtfertigt und weiter keiner Begründung in der Bürgerschaft bedarf. Auch die Bürgerschaft wird auf dem Standpunkte stehen, daß tunlichst so verfahren werden soll. Aber die Baudeputation ist der Meinung, daß es Fälle gibt, wo von der Regel abgewichen werden sollte, weil zu fragen ist: Wer gibt die größere

Sicherheit für ein wirklich gutes und einwandfreies Projekt? und das ist der Grund gewesen, der uns veranlaßt hat, uns für die auswärtigen Beck und Kossel zu entscheiden und nicht für Schmidt. Wir haben uns gesagt, daß es sich um eine sehr diffizile Arbeit handelt, wo es darauf ankommt, daß nicht nur auf dem Papier ein gutes Projekt vorgeführt wird, das den Beifall von Sachverständigen findet, sondern daß das zu wählende Projekt schon in der Praxis seine Bestätigung und Bewährung gefunden hat. Das ist der Fall bei dem Projekt der Gebrüder Beck, aber nicht bei dem Projekt von Schmidt. Schmidt hat ja nun Himmel und Erde in Bewegung gesetzt, um die Bürgerschaft und den Senat von der Güte und Leistungsfähigkeit seines Projekts zu überzeugen. Er hat aber nicht auf irgend eine bereits erfolgte Ausführung oder Bewährung in der Praxis hinweisen können, und das ist der Umstand, der die Baudeputation nicht nur berechtigt, sondern verpflichtet, den Auswärtigen vorzuziehen.

Nun hat Herr Struckmann die Vorgeschichte der heutigen Vorlage vorgeführt. Er hat davon gesprochen, daß im vorigen Sommer, als die Bürgerschaft die erste Vorlage zurückverwiesen hat, was in erster Linie erfolgte, weil man wünschte, einen von den zwei Unternehmern, die gemeinschaftlich die Arbeit ausführen sollten, für die ganze Arbeit als Garanten zu haben, daß damals schon Schmidt sich an die Baudeputation gewendet habe, um an der Konkurrenz teilnehmen zu können. Ich bin derzeit auf Urlaub gewesen und nicht näher orientiert; erst kurz vor Ablauf der Submissionsfrist ist Schmidt bei mir persönlich erschienen. Ich empfahl ihm, zum Hochbauamt zu gehen, es werde sich wohl einrichten lassen, daß er noch zur Abgabe einer Offerte aufgefordert werde, und ich habe aus der Antwort nicht entnommen, daß er sich früher schon an das Hochbauamt gewendet habe; vielleicht ist das in allerletzter Zeit, aber schwerlich wochen- und monatelang vorher geschehen, wo man seine Offerte noch hätte prüfen können. Immerhin auch, wenn er sich früher gemeldet hätte, würde der Umstand seiner Zuziehung entgegengestanden haben, daß man über Erfahrungen, die mit seinem Projekte gemacht waren, nichts wußte, und er nicht in der Lage war, sich in der Beziehung auf Referenzen berufen zu können.

Nun hat Herr Struckmann den merkwürdigen Satz aufgestellt, daß, da eine beschränkte Submission stattgefunden habe, eigentlich Schmidt als Mindestfordernder ohne weiteres hätte gewählt werden müssen. Gewiß hat Herr Struckmann darin recht, daß, wenn eine beschränkte Submission stattfindet, man regelmäßig nur vertrauenswürdige Unternehmer auffordert, und daß dann im allgemeinen dem billigsten der Zuschlag erteilt werden soll. Auch dies geschieht, aber nicht ausnahmslos, sondern eine Vergleichung der verschiedenen Offerten muß immer stattfinden, und einen Anspruch darauf, den Zuschlag zu erhalten, hat der Billigste

nicht, namentlich nicht in einem Falle, wie hier, wo Schmidt nur auf sein besonderes Drängen mit herangezogen ist, und wo praktische Erfahrungen mit seinem Projekte noch nicht gemacht sind.

Nun kann man ja sagen, daß schließlich jeder einmal mit dem Bauen anfangen muß (Sehr richtig!), so daß man dann noch keine Erfahrungen verlangen kann. Aber ich kann wirklich nicht einsehen, weshalb gerade unsere Behörden diejenigen sein sollen, die Gelegenheit zur Erprobung des neuen Systems geben (Sehr richtig!), während wir sehr gute und bewährte Firmen haben, auf die zurückgegriffen werden kann. Ich glaube nicht, daß wir im bremischen Lokalpatriotismus und in dem an sich berechtigten Streben, in erster Linie bremische Gewerbetreibende zu begünstigen, soweit zu gehen brauchen, daß wir das Zweifelhafte, nur weil es von einer bremischen Firma stammt, dem Bewährten vorziehen. Das Schmidt'sche Projekt sieht sich ja auf dem Papier ganz gut an, und auch nach dem vorliegenden Gutachten ist nichts dagegen einzuwenden, trotzdem aber können sich in der Praxis nachher Bedenken ergeben, die man nicht voraussagen kann. (Sehr richtig!) Und dabei möchte ich noch auf einen Punkt hinweisen, der mir das Verhalten der Firma Schmidt besonders eigentümlich erscheinen läßt. Die Firma kommt immer wieder zurück auf ihr erstes Projekt, das 18800 *M* kosten soll. Wenn dieses Projekt zu empfehlen wäre, so ließe sich dafür anführen, daß wir dabei 6000 bis 7000 *M* sparen würden. Aber gegen dieses Projekt bestehen recht erhebliche Bedenken. Was Schmidt als Vorzug empfiehlt, das Bassin aus Eisen, das auf Beton gestellt werden soll, unterliegt erheblichen Bedenken, und meines Erachtens spricht es nicht für die Güte seiner Vorschläge überhaupt, daß er immer in erster Linie an diesem Projekt festhält, das erhebliche Beanstandungen seitens der Sachverständigen in der Baukommission gefunden hat, und das wohl keinesfalls in Betracht kommen kann. Auch in dem Schreiben, womit heute wieder Senat und Bürgerschaft überschwemmt sind, ist wieder von einer Differenz von 6200 *M* die Rede. Bei dem Projekt, das eventuell allein in Betracht kommen könnte, beträgt die Differenz nur 2000 *M*, und diese Differenz ist nach Ansicht der Baudeputation nicht bedeutend genug, um es zu rechtfertigen, bei einer solchen besonderen Gelegenheit mit einem bislang nicht erprobten Projekt den Vorzug zu geben. Herr Struckmann hat die Bemerkung gemacht, es scheine, als wenn wir mit der Firma Beck & Co. besonders liiert seien. Ich weiß nicht, worauf Herr Struckmann diese Ansicht gründet und was seine Bemerkung bedeuten soll. Wir sind mit keiner Firma liiert, das ist selbstverständlich. Es kann der Baudeputation ganz gleich sein, welche Firma den Auftrag bekommt. Sie hat sich für die Firma Beck entschieden, weil diese über die meisten Erfahrungen verfügt. Herr Schmidt begründet sein Projekt dann noch mit einem Gutachten des Diplomingenieurs Löser, dessen Sach-

kunde ich keineswegs bestreiten will. Aber ich glaube, in diesem Falle genügt es wirklich, den Schluß des Gutachtens zu lesen, wo doch deutlich gesagt ist, daß das Projekt ganz gut sein mag, aber jedenfalls nichts Hervorragendes ist. Löser kommt zu dem Resultat, daß das Projekt auch seinen Platz neben anderen einnehme. Herr Schmidt hat sich nach dem Gutachten auf allgemeine Erfahrungen gestützt, sich diese zunutze gemacht, auch einige praktische Neuerungen vorgenommen, aber das ist alles. Herr Struckmann hat bei seiner Befürwortung des Schmidtschen Projekts sich nun auch an das erste von dessen Projekten gehalten und dieses empfohlen, wobei gegen das Kosselsche Projekt einige Einwendungen gemacht sind. Ich glaube, diese Einwendungen können auf sich beruhen bleiben, da wir bei Annahme des Beck-Kosselschen Projekts nach jeder Richtung hin gesichert sind, weil Kossel für die Ausführung der gesamten Arbeiten für fünf Jahre die Garantie übernimmt. Herr Struckmann hat ferner gesagt, es komme nicht darauf an, wenn heute eine Vertagung beschlossen würde und wir erst nach einigen Wochen Beschluß faßten. Ich bitte aber doch, von einer Vertagung Abstand zu nehmen. Wenn ein Gutachten über die Güte des Schmidtschen Projekts eingeholt werden soll, müssen wir demnächst beide Projekte, das von Schmidt und das von Beck, der Bürgerschaft und dem Senat vorlegen, und diese haben dann die Entscheidung zu treffen, also in einer Frage, wo es sich um eine technische Sache handelt, wo doch schließlich die Sachverständigen der Baudeputation und die Baubeamten das entscheidende Wort haben müßten. Ich möchte dringend widerraten, bei solchen Fragen in die Ressortverhältnisse und in die Kompetenzen der Baudeputation einzugreifen. Für die Bürgerschaft sollte es genügen, wenn ein Projekt empfohlen wird, das zweifellos einwandfrei und gut ist, und bei dem durch eine genügende Garantie Sicherheit gegeben wird. Ich bitte die Bürgerschaft, dem Antrage der Baudeputation stattzugeben. Was endlich die Zeit betrifft, so ist es der Friedhofsdeputation entschieden erwünscht, daß möglichst rasch mit der Ausführung vorgegangen werde. Wenn wir aber jetzt ein neues Gutachten einziehen, würden wir viel Zeit damit verlieren, verschiedene Wochen, da nach der Genehmigung jedes Projekts doch nicht gleich mit der Ausführung begonnen werden kann. Es müssen dann erst die Defen hergestellt werden, und bis zu ihrer Aufstellung vergehen weitere Wochen. Durch Hinausschiebung des Beschlusses würde also die Sache immer mehr verzögert werden. Ich bitte Sie dringend, dem Antrage der Baudeputation zuzustimmen.

Herr Leymann: Herr Präsident! Meine Herren! Herr Schmidt hat sich, nachdem die Bürgerschaft beschlossen hat, die Baudeputation sollte nochmals Konkurrenten auffordern, gleich beworben. Er ist auch verschiedenemale bei mir gewesen. Ich habe ihn an

die Hochbauinspektion geschickt, und schließlich ist, wie Herr Senator Hildebrand schon gesagt hat, er noch zu einer Offerte aufgefordert. Wie schon der Herr Senatskommissar gesagt hat, steht die Baudeputation auf dem Standpunkt, daß Bremer Unternehmern immer der Vorzug zu geben ist und daß ihnen bis 10%, zeitweise, wenn es sich rechtfertigen läßt, auch noch etwas mehr Prozente mehr auswärtigen gegenüber bewilligt werden können. Auch in diesem Falle bin ich dafür gewesen, daß versucht werde, ob Schmidt nicht den Zuschlag erhalten könnte. Aber als ich gehört habe, daß er ein bestelltes Gutachten vorlegen wollte, da habe ich mir gesagt: Das ist nicht ganz korrekt. Wenn man zu einem auswärtigen Konkurrenten sagt: Wenn du in Frage kommst, dann gebe ich dir ein gutes Gutachten, und wenn ich in Frage kommen soll, dann gibst du mir ein gutes Gutachten, als ich das erfahren habe, da sagte ich mir: Bleib davon. (Zuruf.) Jawohl, Herr Garves! Wenn von mir ein ausgeschmücktes Gutachten gefordert wird, und ich verspreche dafür gegebenenfalls ein eben solches Gutachten zu geben, (Herr Garves: Das ist nicht nobel!) nein, das ist nicht nobel. Und wenn ich vorher für Schmidt gewesen bin, so habe ich darauf meine Unterstützung zurückgesteckt. (Zuruf.) Ob das Vorgehen von Schmidt richtig ist, weiß ich nicht, ich würde es nicht tun. Andere mögen andere Ansichten haben. Von dem Zeitpunkt an bin ich für Schmidt's Angebot nicht mehr gewesen.

Dann, Herr Präsident, kommt Herr Struckmann auf das Projekt selber. Ich habe das Projekt selbst genau geprüft und muß sagen, daß, wenn Schmidt einen 8 mm starken Eisenkasten bauen will, auf dem der Verbrennungssofen liegen soll, so habe ich von vornherein dagegen Bedenken gehabt. Wenn das Eisen in Beton gelegt wird, wird es durch Treibkraft bei großer Hitze auseinandergetrieben und wir werden Undichtigkeit kriegen. Darauf wird nun der Krematoriumsofen gesetzt, in dem tausend Grad Hitze erzeugt werden. Und wenn diese tausend Grad auch nur zur Hälfte auf den Eisenkasten wirken, so möchte ich doch fragen, ob da wohl noch eine Dichtigkeit erzielt werden kann. Für mich ist das sehr fraglich. Ein anderes Moment ist, daß man diesen Eisenkasten wohl von oben gegen Rost schützen kann, indem man Beton darauf bringt, aber nicht von unten. Was sind da 8 mm Eisen? Bei der Wärmeerzeugung wird es höchstens sieben, acht oder zehn Jahre dauern, dann ist von dem Eisen da unten nicht viel mehr vorhanden, es ist verschwunden, und woher soll dann die Dichtigkeit kommen? Die Frage hat Herr Struckmann wohl nicht berücksichtigt. Dann spricht Herr Struckmann von dem Gutachten. Herr Senator Hildebrand hat schon gesagt, daß das Gutachten Löser nichts weiter sagt, als daß der Schmidtsche Ofen ebenso brauchbar wäre wie andere, es sagt aber auch, daß das Schmidtsche Projekt nichts neues bringt, große Vorzüge bringt es

nicht. Vielleicht ist es ein Vorzug, daß die Asche bequemer herauszukriegen ist. Ist das aber ein Vorzug? Ich glaube wenigstens nicht, daß das durchschlagend sein kann. Herr Struckmann sagt, das Kosselsche Projekt wäre nicht einwandfrei, weil die Fuge später nicht dicht zu kriegen wäre. Wenn Kossel die Dichtigkeit nur mit Beton herstellen wollte, so stände sein Projekt allerdings auf schwachen Füßen, denn dann bekäme er die Dichtigkeit nicht. Er muß jedenfalls andere Anlagen machen, damit das nicht von der Fuge angegriffen wird, und um der Fuge, die Herr Struckmann bemängelt, soviel Dichtungsmöglichkeit zu geben. Wir haben bei ihm doch die Garantie, und es gibt Mittel, die Dichtigkeit herzustellen, es gibt solche Dichtungsmöglichkeiten nicht einfach, sondern zehnfache Möglichkeiten gibt es. (Herr Struckmann: Ich wünsche Glück dazu!) Ja, ich wünsche auch Glück dazu. (Heiterkeit.) Dann sagt Herr Struckmann, die Sache habe keine Eile, das Wasser stände jetzt so hoch, daß da doch nicht gearbeitet werden könne. Nun, das Grundwasser steht am höchsten im April, und wenn man mit den Arbeiten warten wollte, bis das Grundwasser ganz zurückgegangen ist, dann müßte man bis zum Sommer warten. Aber man kann gar nicht daran denken, die Arbeiten im Trocknen zu machen, sondern man muß stets eine Grundwassersenkung herbeiführen, da das Grundwasser stets höher steht. Das spielt also gar keine Rolle dabei.

Dann sagt Herr Struckmann, wir sollten ein Gutachten über das Schmidtsche Projekt einholen. Wenn wir das tun wollten, so könnten wir erstens das Gutachten vor sechs Wochen nicht erhalten. Zweitens wird aber das Gutachten, das wir kriegen, unter 1000 M nicht kosten. (Widerspruch.) Ich glaube das nicht. Wir haben seinerzeit ein Gutachten über die Schleuse eingeholt, das hat uns annähernd 15 000 M gekostet. (Zuruf: Das ist damit nicht zu vergleichen!) Freilich, mit diesem ist das nicht zu vergleichen, das gebe ich ohne weiteres zu. Aber auch für das Gutachten über Ellen haben wir 2000 M bezahlen müssen, und dieses wird kleine 1000 M kosten. (Zuruf.) Wenn Schmidt das bezahlt, wenn er sich das Gutachten bringen läßt, dann ist wieder zu befürchten, daß er es sich wieder bestellt.

Ich gebe Ihnen die Versicherung: ich habe mir in der Baudeputation die größte Mühe gegeben, daß die bremischen Unternehmer nach Möglichkeit hier herangezogen werden. (Herr Garves: Na! Na!) Ja, Herr Garves! Sie sagen Na! Na! Aber Sie können sich bei dem Herrn Senator erkundigen. Speziell mit den Herren von der vierten Klasse habe ich dabei große Auseinandersetzungen gehabt, die nicht in der Weise Bremer heranziehen wollten und heute mit den Sozialdemokraten gehen. Hier aber muß ich sagen: Ich kann es nicht verantworten, daß wir Schmidt die Arbeit geben. Wenn Herr Garves die Verantwortung übernehmen will, mag er es tun, er ist vielleicht mehr

sachverständig als ich. (Zuruf: Das ist er immer!) Was aber diesen Fall betrifft: ist denn Kossel kein bremischer Unternehmer? Rechnen Sie ihn nicht dazu? Die Firma Kossel ist eine urbremische Firma! Warum wollen Sie die verwerfen? Und dabei handelt es sich nicht um ein großes Objekt; wie schon der Herr Senatskommissar gesagt, handelt es sich nur um einige tausend Mark. Aber die Hauptsache liegt darin, daß die Arbeiten gut ausgeführt werden und daß die Garantie dafür übernommen wird. Schmidt hat aber bis jetzt solche Defen nicht hergestellt, und ich weiß darum nicht, ob Schmidt eine Garantie in diesem Maße bieten kann. (Herr Garves: Warum nicht?) Warum nicht? (Herr Garves: Wenn er das Geld bezahlen will?) Ob wir das wiederkriegen, wissen wir noch nicht. Ich möchte bitten, dem Antrage der Baudeputation nachzugehen.

Präsident: Ich möchte die nächsten Redner bitten, sich möglichst kurz zu fassen. Wenn die Debatte in diesem Tempo weiter geht, kommen wir heute nicht weit.

Herr Struckmann: Herr Präsident! Ich wende mich zunächst gegen Herrn Leymann. Er scheint in der Heizungs- und Feuerungsanlagebranche recht bewandert zu sein. (Herr Leymann: Nein!) Die Baubeamten haben in der Baukommission erklärt, sie verständen nichts davon, und deshalb haben sie sich wohl für die Defen von den Firmen Beck und Kossel erklärt, weil sie die Verantwortung von sich abwälzen wollen. Aber nicht diese Firma allein macht gute Konstruktionen, das tut auch die Firma Schmidt. Wenn gesagt wird, daß er keine Erfahrungen habe mit Verbrennungsöfen, so ist das allerdings richtig, aber mir ist gesagt worden, daß die Firma Schmidt viele andere Defen gebaut hat, die eine viel größere Hitze auszuhalten haben als Verbrennungsöfen. Es handelt sich darum, die Gase an die richtige Stelle zu führen, und auch dafür zu sorgen, daß der Boden nicht zuviel Hitze bekommt. Herr Leymann sagt nun, der Caïsson werde durch Hitze leiden. Dafür hat das Schmidtsche Projekt aber gesorgt durch Luftkanäle. Es hängt dort eine Zeichnung von Kossel, sie sehen da unter der Eisendecke eine Schicht Asphalt, die ist gefährlich, weil sie weich wird bei der Hitze. Bei dem Schmidtschen Projekt wird unten kühle Luft eingeführt, damit die Hitze nicht auf den Grund kommt. Genügt das nicht?

Der Herr Senatskommissar hat Zweifel darin gesetzt, daß sich die Firma rechtzeitig gemeldet habe. Mir liegt ein Brief vor vom 14. September (am 10. Oktober war die Öffnung der Offerten), da schreibt Schmidt an das Hochbauamt, er bäte darum, ihm doch zu gestatten, eine Offerte einzureichen. Er hat sich erst mündlich, nachher schriftlich an das Hochbauamt gewandt, aber ohne Erfolg. Erst als er Herrn Senator

Hildebrand die Sache vorgetragen hatte, sind ihm die Unterlagen zu Händen gekommen.

Was die Sache mit der Firma Schneider anbetrifft, worin, wie ich schon hervorgehoben habe, der Stein des Anstoßes liegen und woran die Sache scheitern soll, da hat Herr Schmidt in kollegialischer Weise an Schneider geschrieben und zwar über vier Wochen nach dem 10. Oktober, wie die Submission also schon lange beendet war, am 14. November. Er ersuchte in diesem Schreiben den Ingenieur Schneider einfach um ein Gutachten, weil er annahm, daß damit zu rechnen sei, daß er auch einmal für diesen ein Gutachten abgeben könnte. Sekundären Vorteil hat Schmidt davon nicht gehabt. Er wollte nur ein Gutachten haben, was er einmal mit beilegen könnte, wenn danach gefragt werde, er wollte eine schriftliche Bestätigung seiner Leistungen haben, wie er den Ofen konstruiert habe. Das war ganz fair gehandelt, und das brauchte von den Herren nicht schlimm ausgelegt zu werden. Solche Sachen kommen öfters vor, und es ist viel schlimmer, wenn Bauunternehmer vor dem Submissionstermin die Köpfe zusammenstecken und ausmachen: Das wollen wir mindestens haben! Dadurch wird der Staat benachteiligt. Das ist viel schlimmer, als wenn sich einer nachher um ein Gutachten bemüht, wonach man dann urteilen kann. Ich hoffe, daß Sie meinem Antrage freundlich gegenüberstehen. Es handelt sich darum, einen Mann zu unterstützen, dessen Industrie uns vielleicht noch von großem Wert sein kann. Wir dürfen doch nicht die Konkurrenz so beschneiden. Wenn wir keine neue Konkurrenz zulassen, können wir gar keine Vergleiche ziehen und sind ganz in die Hände der alten Firmen gegeben. So aber werden wir viel Geld sparen. Ich bitte Sie nochmals, meinen Antrag anzunehmen.

Herr Hefemeyer: Es scheint mir, als wenn die Offerte Schmidts einzig und allein an dem unkollegialen Verhalten des Ingenieurs Schneider scheitern sollte. Ich bin selbst Mitglied der Friedhofsdeputation und habe ein lebhaftes Interesse daran, daß wir gute Defen bekommen. Wenn aber Schmidt dieselben Garantien gibt, wie Kossel, laufen wir keine Gefahr. Er ist wohl imstande, Garantiebedingungen zu übernehmen; es muß einfach vorgeesehen werden, daß, wenn die Defen nicht gut ausfallen, er sie zurückzunehmen hat. Wenn wir eine Garantie auf fünf Jahre festlegen, sind die Garantiebedingungen scharf genug, und wenn wir dabei an den Defen 6000 M. sparen, so sind das ungefähr 25%. Ich bin für den Antrag Struckmann und würde gern noch weitergehen und hätte die Offerte von Schmidt akzeptiert.

Senatskommissar Herr Senator Hildebrand: Wenn Herr Hefemeyer gesagt hat, daß die Korrespondenz zwischen Schmidt und Schneider irgendwie entscheidend für den Beschluß der Baudeputation ge-

wesen sei, so muß ich dem kurz entgegentreten. Auf mich hat der Brief allerdings einen schlechten Eindruck gemacht. Ich habe aber den Brief hier nicht vorgelesen und nicht darauf Bezug genommen, sondern Herr Struckmann hat ihn erwähnt. Der Punkt hat auch mit der Frage, ob Schmidts Projekt gut ist oder nicht, nichts zu tun. Es mag gut sein. Für uns handelt es sich um die Sicherheit. Ueber den Brief kann man verschiedener Meinung sein. Ich persönlich habe das Vorgehen Schmidts nicht als schön empfunden und kann es nicht billigen, wenn mehrere Bewerber sich gegenseitig solche Gefälligkeiten erweisen. Es ist aber richtig, daß der Brief geschrieben ist, als die Offerten bereits abgegeben waren, und wenn Schmidt sich von Schneider ein Gutachten erbat, so konnte dieses für den vorliegenden Fall wohl nicht mehr von entscheidendem Einfluß sein.

Auch Herr Hefemeyer hat wieder gesagt, wir könnten 6000 M. sparen. Aber, wie bemerkt, kann davon gar keine Rede sein. Auch die Baukommission hat — ich kann sagen einstimmig — sich mit Bestimmtheit dahin ausgesprochen, daß höchstens das zweite Projekt von Schmidt angenommen werden dürfe, und da würde die Differenz nur 2—3000 M. ausmachen. (Zuruf von Herrn Struckmann: Darin sind keine Sachverständigen!) Herrn Blanke sehe ich als Sachverständigen an, ebenso wie Herrn Struckmann, und ersterer hat gegen das erste Projekt Schmidt erhebliche Bedenken geäußert, ohne daß ihm dabei widersprochen wäre. So liegt die Sache. Es handelt sich um eine relativ nicht erhebliche Differenz, um eine Summe von 2—2500 M., die bei dieser Sache keine Rolle spielt.

Es wird Schluß der Debatte beantragt.

Rednerliste: Heymann, Tebelmann, Ed. Achelis, Stögen.

Der Antrag auf Schluß wird genügend unterstützt.

Ueber den Schluß

Herr Stögen: Ich möchte Sie ersuchen, den Schluß noch nicht zu belieben. Ich möchte noch ein paar Worte ausführen, daß es mir unbedenklich erscheint, dem Antrage Struckmann zuzustimmen.

Herr Bruner: Ich glaube, das Materielle der Sache ist genügend nach allen Richtungen ausgeführt worden. Ich habe den Eindruck in der Debatte gewonnen, wenn sie noch länger fortgeführt wird, daß sie dann auf das persönliche Gebiet übergeht, das auf alle Fälle vermieden werden sollte. Ich meine deshalb, daß wir Schluß machen sollten.

Herr Rotar Tebelmann: Es ist richtig, daß die materielle Seite sehr erschöpfend behandelt worden ist, aber die prinzipielle Seite ist noch nicht sehr in Betracht

gezogen worden. Ich möchte deshalb die Bürgerschaft bitten, den Schluß noch nicht zu belieben.

Der Schluß wird angenommen.

Herr Ed. Achelis (Schlußwort): Ich möchte nochmals empfehlen, den Antrag der Baudeputation anzunehmen. Die Sache ist so gründlich beleuchtet worden, daß sie kaum noch einer weiteren Aufklärung bedarf. Das Gutachten von Schneider hätte uns gewiß auch nicht gegenteilig beeinflusst, jedenfalls niemals, wenn technische Vorzüge dem Schmidtschen Projekte derartig zur Seite gestanden hätten, daß wir uns dafür entscheiden könnten. Aber auch das Börsersche Gutachten hat uns nicht so sehr beeinflussen können. Im Schlußpassus desselben heißt es:

Wenn selbstverständlich auch durch die Schmidtsche Konstruktion keine neuen überraschenden Ergebnisse erzielt werden sollen, so genügt doch die Vereinfachung der Ausführungsart im Verein mit der Vereinfachung der Betriebsweise, um diesem Ofen seinen gebührenden Platz neben anderen Systemen zu sichern!

Das ist kein Gutachten, das sich direkt empfehlend ausdrückt. Die Baudeputation hat sich dahin ausgesprochen, das Projekt zu genehmigen, (Unruhe) da wir es nicht verantworten können, weitere Risiken nach dem ersten mißglückten Experimente zu laufen. Es ist gesagt worden, daß die Hochbaubeamten in der Baukonferenz gesagt hätten, daß sie von derartigen Bauten nichts verständen. Eine derartige Ausführung ist mir unverständlich. Jedenfalls haben die Beamten in der Baudeputation technische Ausführungen gemacht, die auf meinen schwachen Laienverstand einen anderen Eindruck hinterlassen haben. Und so kann ich dem, was Herr Struckmann gesagt hat, nicht zustimmen. Wenn aber die Baubeamten gesagt haben, die nach meinem Dafürhalten die größere Erfahrung haben, daß sie das erprobte Projekt Beck dem noch nicht ausprobierten vorzögen, so haben sie meines Erachtens nur recht gehandelt. Würden die Baubeamten ein Projekt, dem sie die Erfahrung nicht zutrauen, angenommen haben, so würde die Bürgerschaft mit Recht den Baubeamten den Vorwurf der Leichtfertigkeit machen, wenn die Ausführung später sich als verfehlt zeigte, den haben sie nicht verdient.

Der Antrag Struckmann wird angenommen mit 59 gegen 48 Stimmen.

Nr. III der Tagesordnung:

Mitteilung des Senats vom 11. April 1913 und Bericht der Kommission (Nr. 22):

5. Anbringung von Doppelfenstern im Technikum.

Senatskommissar Herr Senator Hildebrand, Beigeordneter Herr Staatsbaurat Knop.

Herr Busch: Herr Präsident! Meine Herren! Am 4. Juni vorigen Jahres hat die Bürgerschaft die

Vorlage, betreffend Doppelfenster im Technikum, an eine Kommission verwiesen mit dem Auftrage, einen schleunigen Bericht zu erstatten. Die Kommission hatte die Absicht, einen Bericht zu erstatten, der alle in der Bürgerschaft vorgetragene Bedenken aufklären sollte. Dazu brauchte die Kommission aber Zeit. Die Fenster mußten herausgenommen und untersucht werden, ob sie gut oder schlecht seien, auch mußten Berechnungen über die Heizung vorgenommen werden; aus diesem Grunde war die Kommission nicht in der Lage, einen schleunigen Bericht zu erstatten. Im übrigen beziehe ich mich auf den Bericht der Kommission und bitte, diesem zuzustimmen.

Herr Bruns: Herr Präsident! Meine Herren! Als Rechnungsführer des Technikums und als Vertreter der Firma, die bei der Anlage interessiert ist, wird es mir in gewisser Weise schwer, das Wort zu nehmen. Aber ich kann es nicht unterlassen, auf den Bericht der Kommission, in dem nach meiner Meinung Fehler sind, hinzuweisen.

Es ist damals in der Bürgerschaftssitzung von mir darauf hingewiesen worden, (Zuruf: Lauter!) — ja, lauter kann ich nicht sprechen, — daß in erster Linie die Fenster undicht seien. Und, Herr Präsident, in diesem Kommissionsberichte steht, daß der vermeintliche Zug, den die Schüler fühlen wollen, auf die kältende Wirkung der großen Fensterflächen zurückzuführen ist. Das ist eigentlich ein Schlag für die Behörde, wie er nicht stärker sein kann. Der Direktor, die Lehrer und Schüler haben sich nicht einmal, sondern wiederholt beschwert über Zug. Nun hat sich auffälligerweise die Kommission, um das festzustellen, im September oder August dahin begeben. Ich habe mich, als ich diesen Bericht bekam, am dritten oder vierten Tage nach Weihnachten nach dem Technikum begeben, weil wir an diesen Tagen stürmisches Wetter und, was nicht immer dabei der Fall ist, auch Regen hatten. Auffallend war, daß es im Technikum nicht an der Nordseite, sondern an der Süd- und Südwestseite kühler ist, wenn Winde wehen. Und was meinen Sie? An diesem Tage konnte ich konstatieren mit Herrn Direktor Krüger, Professor Vilge und auch Herrn Schierenbeck und dem Bauführer Dege, daß die Fenster in Wasser schwammen und zum Teil der Regen auf die Fußböden gefallen war. Wenn nun festgestellt ist durch die Kommission, daß die Fenster dicht sind, wie ist es dann möglich, daß sie den Regen so durchlassen können? Darüber hätte ich gern eine Aufklärung.

Ich muß sagen, daß der Bauführer und auch die anderen Herren konstatierten, daß die Fenster an sich nicht schlecht sind, aber der Hauptfehler liegt darin, wie die Fenster eingesezt sind. Und dabei bleiben die Herren am Technikum und wollen sich nicht davon abbringen lassen, da sie in ihrer Lehrtätigkeit auch Fachleute und beflissen sind, ihren Schülern praktische Kenntnisse beizubringen.

Zu bedauern ist, und darüber hat sich der Direktor sehr ungehalten ausgesprochen, daß die Kommission es nicht für notwendig befunden hat, mit dem Direktor des Technikums Rücksprache zu nehmen, sondern daß sich die Kommission nur durch den Schuldiener durch das Technikum hat herumführen lassen.

Des ferneren möchte ich hinweisen, daß in dem Berichte steht:

Der Mehrverbrauch betrug in der erwähnten Heizungsperiode reichlich fünf Waggons. Dieser Mehrverbrauch erklärt sich nach der Ansicht des Heizungsingenieurs durch eine Ueberanstrengung der Heizung, die wegen zu geringer Flächen der Heizkörper notwendig war, um die Temperatur im Technikum möglichst hoch zu treiben.

Dieser Satz ist nach meiner Anschauung und der meines jüngsten Technikers grundfalsch, und auch Sie werden es leicht verstehen: eine Heizung kann nur überanstrengt werden, indem man die Kessel überanstrengt. In die Heizungskörper kann man nicht mehr Dampf hineinbringen, als sie verbrauchen können, als Dampf kondensiert wird. Also der Schlusssatz ist vollständig unrichtig, die Kessel im Technikum sind nicht zu klein, sondern wesentlich größer als notwendig ist, denn einer könnte mit Leichtigkeit den Dampf für die Heizung aufbringen. Also auch das bedarf einer Aufklärung. Und dann hätte man erwähnen sollen, daß mit den verbrauchten Kohlen neben der Heizung auch 12 100 Kilowattstunden Elektrizität erzeugt sind. Das steht nicht in dem Bericht drin. Die Bürgerschaft braucht das anscheinend nicht zu wissen!

Dann meint man, die Firma hätte damals die Wärmeabgabe zu gering oder nicht richtig angegeben oder angenommen. Bei dieser Anlage ist es höchst interessant, daß man sich auf das Jahr 1902 bezieht, wo noch nicht die Anwendung der neuesten Versuche über Wärmeabgabe nach Professor Rietschel angewendet wurden, und daß die größte Firma der Welt in Heizungen, die Firma Körting, Hannover, nicht, wie der Heizungsingenieur 650, auch nicht 750 Wärmeinheiten angenommen hat, sondern 830 Wärmeinheiten gerechnet hat. Herr Baurat Weber hat veranlaßt, daß der Baumeister Wietzsche und der städtische Heizungsingenieur Evers nach Hannover geschickt sind, um festzustellen, ob die Heizungskörper diese 830 Wärmeinheiten abgeben können, und die Herren sind mit dem Ergebnis zurückgekommen, daß es möglich sei. Die große Firma Hainholz hat 800 Wärmeinheiten angenommen, dann die ausführende Firma 750 und R. O. Meyer, Hamburg 700 und eine Firma Dose und Widdendorff 700, und eine Firma, die nicht mehr auf der Bildfläche ist, 650 Wärmeinheiten. Wie kann man nun sagen, daß diese Firmen falsch gerechnet haben! Wie kann man sagen, daß sie nicht richtig gerechnet hätten, weil drei Monate vorher ein Werk von Professor Rietschel erschienen war, welches über

die Abgaben andere Angaben gemacht hat. Noch 1907 ist in dem großen Deutschen Zentralheizungsverbande 700 Wärmeinheiten per Quadratmeter angegeben, im Gegensatz zu dem, was der städtische Heizungsingenieur angegeben hat, der nur 650 annimmt. Was sichts das alles an? Wenn wirklich etwas zu wenig Heizungsfläche da ist, 650 soll gerechnet werden, 750 sind gerechnet, das sind 15 %. Tatsächlich müßte die Anlage auch nach Anschauung des Heizungsingenieurs bei 15 Grad Kälte genügen. Wir haben auch schon 15 Grad Kälte gehabt, und was haben wir erlebt? Bei den Versuchen, die der städtische Heizungsingenieur, nicht der jetzige, sondern der vorherige, gemacht hat, ist festgestellt, daß bei plus 1 Grad ohne Doppelfenster 15 Grad, mit halben Doppelfenstern 16 Grad da waren, und in einer Klasse ohne Doppelfenster 16 1/2 Grad bei 10 Grad Kälte und 15 1/2 Grad bei 14 Grad Kälte. Er hat festgestellt, daß bei plus 5 Grad das Gebäude nicht warm zu bringen sei. Das kann nicht mit rechten Dingen zugehen, das muß die Bürgerschaft glauben, daß das undenkbar ist. Nun ist noch eine interessante Stelle in dem Berichte. Es heißt da: „Außerdem ist nicht berücksichtigt worden, daß im Gegensatz zu den Volksschulen, wo die Heizung im Gebäude selbst liegt und auch nachts durchbrennt, beim Technikum jede Wärmezufuhr während der Nacht aufhört, da die Hochdruckkesselanlage in dem ca. 50 m entfernten Kesselhause liegt und aus Betriebsgründen gegen 7 Uhr abends außer Betrieb gesetzt wird.“ — Eine solche Behauptung darf man nicht in dem Berichte bringen, wenn das Programm ausdrücklich sagt: „Die vorgeschriebene Erwärmung der Räume soll bis zu einer Außentemperatur von —20 Grad Celsius dauernd erhalten werden“.

Es wird im Programm mit keiner Silbe gesagt, der Betrieb soll unterbrochen werden. Nun habe ich vor 5 Jahren gesagt, warum wird im Technikum kein Dauerbetrieb eingerichtet? Dann würde die ganze Kalamität behoben sein, vorausgesetzt, daß die Fenster gedichtet sind. Wir werden bei der Budgetberatung mit einem Antrage kommen, einen dritten Heizer anzustellen, damit wir im Winter einen Dauerbetrieb einrichten können, den ich vom fachmännischen Standpunkte aus für notwendig halte. Und ich halte es für verfehlt, wenn wir heute die Vergrößerung der Heizungsanlage bewilligen wollen, ganz abgesehen davon, daß ich mich erboten habe, die Heizungskörper zu vergrößern, wenn die jetzigen nicht ausreichen sollten. Wenn gesagt wird, daß die Heizflächen vergrößert werden sollen, dann müssen zum mindesten die Rohrstränge noch geprüft werden; aber Zeichnungen besitzt das Hochbauamt nicht, und hat es nicht für notwendig gefunden, sich bei der ausführenden Firma zu erkundigen.

Ich habe dann noch eine Privatsache. Damals ist mir von gewisser Seite vorgeworfen worden, ich hätte die Baukommission gewünscht. Aber dabei hat man

behauptet, daß die Baukommission mehr oder minder interessiert sei, weil sie die Anlage genehmigt hätte. Ich bedauere, daß damals die Sache in einer gewissen Zeitung besonders aufgebauscht gebracht ist, denn jedes Mitglied der Bürgerschaft sollte wissen, daß die Baukommission keine Einwirkung auf die Vergebung von Arbeiten hat, also konnte sie diese Sache auch nachträglich prüfen. Aber das eigentümliche ist passiert, daß der Vorsitzende dieser Kommission zugleich Mitglied der Konferenz der Baudeputation ist. Also das, was die Bürgerzeitung mir vorwirft, daß ich Interessenten, welche die Sache bereits beurteilt hätten, wieder haben wollte, das ist in verstärktem Maße eingetreten, weil der Vorsitzende der Kommission zugleich Mitglied der Konferenz der Baudeputation ist.

Ich möchte nun bitten, ob es nicht möglich ist, getrennt über die Anträge abzustimmen. Punkt 1 möchte ich heute abgelehnt wissen, und ich gebe die Erklärung ab, ich möchte nicht, daß durch eine Anlage, die meine Firma ausgeführt hat, der Staat geschädigt wird, daß ich mich verpflichte, wenn die vorhandenen Fenster vorschriftsmäßig eingesetzt sind und nach Anbringung der Doppelfenster, sowie daß für die Heizung der Dauerbetrieb eingeführt wird und dann noch nicht die nötige Wärme erzielt wird, daß ich dann dem Staate die fehlenden Heizungsflächen gratis liefere. (Bravo!)

Herr Behle: Herr Präsident! Meine Herren! Die Frage, die uns heute beschäftigt, hat bereits vor Jahren die Bürgerschaft beschäftigt. Vor zwei Jahren erschien der Bericht des Technikums, worin ausgeführt wurde, daß es nicht möglich wäre, die Zimmer ausreichend zu erwärmen. Es sei nicht möglich gewesen, den Unterricht fortzusetzen, weil bei der Kälte die Schulräume nicht über 8—9 Grad zu erwärmen seien. Es steht fest, daß die Schüler im Technikum nicht nur im Ueberzieher und Handschuhen am Unterrichte teilnahmen, sondern daß auch eine Reihe von Klassen den Unterricht aussetzen mußte, weil es in den Unterrichtsräumen zu kalt war. Für die gewerblichen Schüler, die im Sommer arbeiten und im Winter das Technikum besuchen, ist dadurch ein großer Schaden entstanden. Die eingesetzte Kommission hat aus diesem Grunde die Aufgabe gehabt, festzustellen, ob das auf Tatsachen beruht, was festgestellt wurde, daß zunächst die Fenster in Frage kämen. Wer bei der Besichtigung dagesewesen ist, darauf kommt es nicht an, und ich kann verstehen, wenn Herr Bruns sich besonders bemüht, da er jedenfalls heute in der Bürgerschaft nur als Sachverständiger in Frage kommt. Ich muß erklären, daß Herr Bruns uns, wenigstens mir nichts vorzuschreiben braucht, wen wir zur Führung nehmen oder was wir für Mittel anwenden, um die Aufgabe zu erforschen, welche die Kommission bekommen hat. Und ich konstatiere, daß jeder Verständige, außer Herrn Bruns, in dieser Frage sagen muß, daß die Heizung als solche auch nicht annähernd ausreicht. Wenn die

großen Zimmer mit zwei und die Eckzimmer mit drei Heizkörpern versehen worden sind, und Sie sehen, daß alle hygienischen Einrichtungen schon beseitigt sind, dann konnte nur ein Resultat herauskommen: der Fehler liegt an der mangelhaft ausgeführten Einrichtung der Heizung. Die Zentralheizung verursacht leicht trockene Luft, es werden deshalb oben Luftklappen angebracht. Diese Luftklappen und Abluftkanäle sind aber zugemauert oder außer Funktion gesetzt. Auch die sogenannte Luftänderung, oder wie man es technisch sagt, die Luftumwälzung ist beseitigt worden, und trotz Beseitigung der hygienischen Maßnahmen ist es nicht möglich gewesen, die Zimmer zu erwärmen, wie es notwendig ist. Ein Kommissionsmitglied, das selbst Schulmann ist, sagte, daß mindestens 17—18 Grad Wärme im Schulraum sein müssen, während hier trotz forcierter Heizung und trotzdem der Heizer alles aufgeboten hat, ist es nicht wärmer geworden als 9 Grad. Also alle Einwendungen, die von Herrn Bruns gemacht werden, können nicht ausreichen, um den Mangel zu rechtfertigen. Es waren sieben Firmen zur Berechnung herangezogen worden, und die Firma R. D. Meyer hatte die richtigste Berechnung der Wärmeeinheiten gemacht, das ist festgestellt, auch die Nachprüfung ergab, daß diese Berechnung den Verhältnissen entsprach. Diese Firma hat aber trotzdem aus mir unbekannten Gründen die Anlage nicht bekommen, sondern der jetzige Rechnungsführer des Technikums, Herr Bruns. Und ich muß sagen, daß die Feststellung in der Kommission, — und Herr Brasch wird sich auch noch melden, wenn er auch die Worte, die Fenster seien tadellos, aus dem Berichte gestrichen haben wollte, mußte er doch konstatieren, daß die Fenster, wenn er sie angefertigt hätte, nicht besser hätten angefertigt werden können. (Hört! Hört!) Das war ein wichtiges Moment, da man damals hier in der Bürgerschaft rief, es müsse an den Fenstern liegen; da hat die Kommission festgestellt, daß das nicht zutrifft. Außerdem ist in der Kommission, ich berufe mich auf Herrn Pappier, der in der Kommission anfragt, ob der Mehrverbrauch an Kohlen auch nicht an den Heizer liege usw. Der Kohlenverbrauch hat durchschnittlich 25 % mehr betragen, als nach der Berechnung verbraucht werden durften, und das, meine Herren, ist doch zuviel. Es sind alle Umstände erwogen worden und das Endergebnis ist gewesen, daß die Heizung im Technikum, wie sie nach den damaligen Berechnungen gemacht worden ist, nicht annähernd den Anforderungen entspricht, die an sie gestellt werden mußten. Ich habe in der Kommission selbst anfragen wollen, wer den Schaden tragen soll, aber die Frage ist erledigt, nachdem Herr Bruns hier erklärt hat, daß er das Fehlende auf seine Kosten anfertigen lassen wolle. Für mich persönlich ist diese Geschichte damit erledigt, und ich würde darauf nicht weiter eingehen. Aber die Zustände im Technikum sind nicht, wie sie sein sollten,

und ich behalte mir vor, bei der Budgetberatung darauf zurückzukommen. Herr Bruns sagte, es sei nicht an dem, daß die Heizung soviel Kohlen verbrauche. Wir glauben aber auch an anderen Staatsgebäuden ihm nachweisen zu können, daß auch dort der Kohlenverbrauch ein ziemlich großer ist. Warum wird bei großen Staatsbauten die Firma Bruns allein herangezogen? Was soll das bedeuten? Herr Senatskommissar Hildebrand hat heute selbst erklärt, daß die billigsten Firmen nicht immer berücksichtigt werden. Mit Recht kann man sagen: wenn besondere Umstände vorliegen, wenn leistungsfähige Firmen die Garantie übernehmen, sollen diese auch berücksichtigt werden. Ich fürchte aber, daß die Hochbauverwaltung mit zweierlei Maß mißt. Wir haben in Bremen nicht nur die Heizungsfirma Bruns, sondern acht auch leistungsfähige Heizungsfirmen. Sie können sich das neue große Gebäude der Diskontogesellschaft ansehen, da hat auch eine andere Firma die Heizung gemacht. Aber es kann gesagt werden, daß es auffällt, wenn die Heizungen in den großen Staatsbauten in Bremen alle von der Firma Bruns ausgeführt werden. Beim Bau einer Schule ließ man Sachverständige aus Berlin kommen, und diese Sachverständigen haben die Erklärung abgegeben, daß die beste, brauchbarste und billigste Heizung von der Firma Rudolf Otto Meyer geliefert würde. Die Firma Bruns hat aber die Heizungen trotzdem geliefert. Hierüber haben sich die übrigen Heizungsfirmen bei der Baudeputation beschwert. Sie fühlten sich benachteiligt und haben ihre Projekte für die andere Schule zurückgezogen, und die Firma Bruns blieb allein übrig. (Hört! Hört!) Das hat natürlich große Entrüstung hervorgerufen. Ich habe oft gehört, daß in der Bürgerschaft der Wunsch geäußert worden ist, es sollten alle Lieferungen möglichst an bremische Lieferanten vergeben werden. Dem stimmen wir vollinhaltlich zu. Aber man darf den Wunsch nicht so auffassen, daß nur die Inassen dieses Hauses berücksichtigt werden sollen, (Zuruf: Unerhört!), sondern auch Firmen, die ebenso leistungsfähig sind, und die den Beweis erbracht haben, daß sie mindestens ebenbürtige und brauchbare Arbeit liefern als Leute, die direkt in der Bürgerschaft sitzen. Ein solcher Zustand, wie ich ihn eben geschildert habe, ist außerordentlich bedenklich. Meiner Auffassung nach kann man nicht zweien Herren dienen. Entweder man vertritt die Interessen des Staates, der Allgemeinheit, oder man bemüht sich um Staatsarbeiten, aber zweien Herren zu dienen, allgemeine Interessen und Sonderinteressen zu vertreten, das ist ausgeschlossen.

Die Kommission hat die Sache in objektivster Weise unparteiisch geprüft. Sie ist zu dem Antrage gekommen, Doppelfenster einzurichten und im Anschluß daran, weil das nicht reicht, die Ursache des Schadens zu beseitigen, die Heizflächen bedeutend zu vergrößern. Ich habe von Anfang an bezweifelt, daß es überhaupt einen Zweck habe, Doppelfenster anzubringen, weil für eine Klasse schon Doppelfenster angebracht sind und die

betreffenden Zimmer doch nicht wärmer geworden sind als früher. Ich stimme dem Staatsbaurat zu, der sagte: so kleine Flächen geben nicht genügend Gewähr. Es soll jetzt die ganze Front mit Doppelfenstern versehen werden. Aber ob dadurch ein genügender Einfluß ausgeübt wird, ist zu bezweifeln. Wenn wir diesem Antrage zustimmen, so tun wir das deshalb, weil wir die Auffassung haben, daß im Technikum nicht nur technisch alles auf der Höhe sein muß, sondern daß auch die Innenräume so ausgestaltet und beschaffen sein müssen, daß die Schüler sich darin wohl und behaglich fühlen. Es geht nicht, daß, wenn Schüler des Technikums zur Schule kommen, sie, wie es geschehen ist, sagen, daß es ihnen nicht möglich sei, dem Unterricht beizuwohnen, weil es in den Zimmern zu kalt sei. Die Ursache davon liegt also nicht an den Fenstern, daß die nicht in vorgeschriebener Weise eingesetzt wären, sondern daran, daß die Heizung sich nicht bewährt hat, nicht genügt. Wäre diese Heizung von einer anderen Firma angelegt, so wäre diese sicher längt zur Rechenschaft gezogen, sie wäre dafür verantwortlich gemacht, in diesem Falle aber geht man nonchalant daran und beantragt 19 000 M., nur deshalb, weil die Heizung nicht so ausgeführt ist, wie sie hätte ausgeführt werden müssen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Präsident: Herr Behle, ich nehme an, daß Sie der Baudeputation nicht haben vorwerfen wollen, daß sie bei Vergabe von Arbeiten Bürgerschaftsmitglieder wegen dieser ihrer Eigenschaft vor anderen Lieferanten bevorzugt habe.

Senatskommissar Herr Senator Hildebrand: Herr Präsident! Sie haben eben schon den Vorwurf, den man aus den Worten des Herrn Behle vielleicht hätte herauslesen können, im Interesse der Baudeputation zurückgewiesen, ich brauche daher auf diesen Punkt nicht weiter einzugehen. Die Sache selbst und ihre Einzelheiten zu besprechen, möchte ich Herrn Staatsbaurat Knop überlassen. Aber auf einen Punkt, den Herr Behle meines Erachtens in unnötiger Weise herangezogen hat, möchte ich doch eingehen, um die Baudeputation zu rechtfertigen. Herr Behle hat Bezug genommen auf eine Ausschreibung, die im vorigen Herbst stattgefunden hat, wo von verschiedenen Firmen bei einem Schulbau Projekte für eine Heizung eingereicht waren. Das Projekt des Herrn Bruns war nach dem Bericht des Heizungsingenieurs das billigste, das Projekt der Firma Rudolf Otto Meyer aber im ganzen das günstigere. Die Meinungen in der Deputation waren geteilt. Es wurde darum auch ein auswärtiger Sachverständiger zugezogen. Dieser bestätigte im wesentlichen das Gutachten des Heizungsingenieurs. Die Baudeputation hat sich aber doch für das Projekt Bruns entschieden, weil sie der Meinung war, daß die Vorzüge, welche nach Ansicht des Heizungsingenieurs

und des auswärtigen Sachverständigen das Projekt der Firma Meyer besaß, nicht so erheblich seien, daß es gerechtfertigt wäre, darum das billigere Projekt Bruns fallen zu lassen. Die Ansichten waren in der Deputation geteilt. Aber auch für die Mehrheit, die sich dafür erklärte, das Bruns'sche Projekt zu wählen, sind schließlich sachliche Gesichtspunkte ausschlaggebend gewesen, zumal darüber, daß beide Projekte an sich gut waren, keine Meinungsverschiedenheit bestand. Die Ausführungen des Herrn Behle, in denen der Vorwurf lag, als hätte eine unrechtmäßige Begünstigung der Firma Bruns stattgefunden, muß ich daher zurückweisen.

Ich will hinzufügen, daß die andern Heizungsfirmen, wie Herr Behle richtig bemerkt hat, aus Anlaß dieses Falles eine Zeitlang einen ablehnenden Standpunkt gegen Submissionen, die von der Hochbauverwaltung veranstaltet waren, eingenommen haben. Meiner Ansicht nach sind die Firmen dabei nicht korrekt vorgegangen. Wenn sie glaubten, daß ihnen oder einer Firma Unrecht geschehen sei, so konnten sie sich beschweren. Das ist aber nicht geschehen, sondern es ist ein gewisser passiver Widerstand geleistet worden, dadurch, daß sich niemand an den Submissionen beteiligte. Wir haben uns dann mit den Firmen in Verbindung gesetzt und uns dahin verständigt, daß einem Wunsche entsprechend, der schon öfter ausgesprochen war, künftig nicht mehr, wie seither, regelmäßig und in jedem Falle alle Heizungsfirmen zu Offerten aufgefordert werden sollen, sondern nur eine beschränkere, geringere Zahl, so daß auf diese Weise jeder Firma eher eine Chance geboten ist, den Zuschlag zu erhalten. Einen weiteren Wunsch der Heizungsfirmen, daß sie für die Projekte eine Vergütung erhalten möchten, wenn sie den Zuschlag nicht bekommen, weil die Ausarbeitung der Projekte stets mit unverhältnismäßig hohen Mühen und Kosten verbunden sei, hat die Baudeputation abgelehnt, so daß es in dieser Hinsicht bei dem bisherigen Verfahren verblieben ist.

Herr Staatsbaurat Knop: Herr Präsident! Ich möchte auf die Ausführungen des Herrn Bruns antworten. Ich bin mir zwar klar darüber, daß es schwer ist, vor dem Plenum der Bürgererschaft technische Einzelheiten darzustellen, ich hoffe aber doch, daß ich wenigstens einen Teil der Bürgererschaft davon überzeugen werde, daß die Ausführungen des Herrn Bruns nicht zutreffen.

Herr Bruns sprach von Beobachtungen, die er während der Weihnachtstage gemacht habe, daß große Wasserlachen in den Räumen des Technikums gestanden hätten. Das Wetter war aber damals selbst für Bremen eine außerordentliche Ausnahme. An demselben Tage resp. in derselben Nacht ist in einer Reihe von Volksschulen der Regen durch die Fenster geschlagen, daselbe habe ich von Privathäusern gehört, die durchaus gute Fenster haben. Die Beobachtungen, die Herr Bruns bei dem außerordentlich stürmischen Wetter des

betr. Tages gemacht hat, können also für die Beurteilung der Fenster im Technikum nicht maßgebend sein.

Sodann sagte Herr Bruns, daß entgegen der Behauptung im Bericht eine Ueberanstrengung der Heizung nicht stattgefunden habe. Das ist so zu verstehen. Mir ist berichtet worden, daß zu gewissen Zeiten schon von nachts 12 Uhr an geheizt worden ist, um nur eine einigermaßen erträgliche Temperatur in den Klassenräumen zu erreichen. Aber von diesen vielleicht nur vereinzelt vorgekommenen Fällen abgesehen, werden die Kessel meines Wissens oft schon um 3 und 4 Uhr in Betrieb gesetzt; und es ist doch unbedingt richtig, daß eine unzureichende Heizung, die früher in Betrieb genommen werden muß, mehr angestrengt wird als eine Heizung, die zu genügender Erwärmung der Räume in kürzerer Zeit ausreicht. Vielleicht kann man sagen, daß bei ausreichender Heizung ein Anheizen um sechs Uhr morgens genügen müßte, um das ganze Gebäude zu erwärmen. Im Technikum ist aber, soviel ich weiß, regelmäßig viel früher angeheizt worden. Ferner würde es bei ausreichender Heizungsanlage genügen, wenn der Dampf mit vielleicht zwei oder drei Atmosphären Druck vom Kesselhause nach dem Hauptgebäude übergeführt würde; hier aber wird der Dampf mit viel größerem Druck in die Fernleitung geschickt. Das bedeutet doch eine Mehranstrengung der Heizung.

Drittens bemerkte Herr Bruns, daß die Angaben des Berichts über den Kohlenverbrauch nicht stimmten. Für die Angaben über den Kohlenverbrauch kann ich keine Verantwortung übernehmen; sie stammen von Professor Vilge, dem das ganze Kessel- und Maschinenhaus unterstellt ist; er hat uns auf Grund der Beobachtungen während der letzten beiden Jahre angegeben, daß der Kohlenverbrauch für die Heizung des Technikums so groß gewesen ist; und es ist doch kaum anzunehmen, daß Professor Vilge, der von Anfang an die Aufsicht darüber geführt hat, sich so irrt und den Verbrauch an Kohlen um $5\frac{1}{2}$ Waggons zu hoch angibt.

Viertens sprach Herr Bruns von der Wärmeabgabe der Radiatoren. Der Leitfaden von Professor Rietschel gibt 650 Wärmeeinheiten pro Quadratmeter an. Daß hierauf in dem Bericht hingewiesen ist, dürfte berechtigt sein, weil der Leitfaden schon ein Jahr früher erschienen ist, als die Ausführung dieser Heizanlage erfolgte. Herr Bruns behauptet dagegen, daß 650 Wärmeeinheiten zu niedrig gegriffen seien, und beruft sich auf die Normalien des Verbandes deutscher Zentralheizungs-Industrieller, welche wie er sagt, 700 Wärmeeinheiten vorschreiben. In diesen Verbandsvorschriften wird aber ausdrücklich betont, daß die angegebenen Wärmeabgaben als Höchstwerte einzusetzen seien. Es ist damit also in keiner Weise gesagt, daß Professor Rietschel eine zu geringe Beanspruchung angegeben habe. Uebrigens schreiben wir jetzt schon seit einer Reihe von Jahren, um Angebote auf gleicher Grundlage zu erhalten, bei der Verdingung von Heizungen die zulässige Beanspruchung der Radiatoren genau vor. Selbstverständlich

werden derartige Angaben von unsern Heizungsingenieuren nicht willkürlich gemacht, sondern wir müssen uns hierbei auf die Untersuchungen unserer Gelehrten stützen; und auf diesem Gebiet gilt Professor Rietschel zweifellos als erste Autorität. Wenn trotzdem auch heute noch von vielen Firmen 700 und mehr Wärmeinheiten pro Quadratmeter angenommen werden — wie es auch die Firma Bruns getan hat —, so geschieht das der Konkurrenz wegen. Aber selbst wenn man bei einer gewöhnlichen Dampfheizung eine Wärmeabgabe von 750 gelten lassen wollte, so ist diese Zahl bei dem hier angewandten Luftumwälzungsverfahren unter allen Umständen viel zu hoch. Eine derartig hohe Wärmeabgabe kann nur erreicht werden, wenn der Heizkörper auf 100 Grad Celsius gebracht wird, während beim Luftumwälzungsverfahren, um die hygienischen Vorteile der Warmwasserheizung zu erreichen, danach gestrebt wird, die Heizkörper nur auf 80 oder 85 Grad zu bringen. Dann aber kann man nicht mit 700 oder gar 750, sondern höchstens mit 550, vielleicht nur 500 Wärmeinheiten rechnen. Darin hat Herr Bruns allerdings recht, daß die Annahme von 750 Wärmeinheiten pro Quadratmeter bei der Berechnung der Heizung nur zum geringen Teil schuld an der mangelhaften Erwärmung sein kann. Hinzukommt, daß nicht genügende Zuschläge gemacht worden sind. Der beste Beweis hierfür ist, daß die Firma Rudolf Otto Meyer, trotzdem sie mit 700 Wärmeinheiten, also auch noch zu günstig gerechnet hat, noch auf rund 1000 qm Radiatoren gekommen ist, während die Firma Bruns nur rund 750 qm berechnet hat. Derartige Zuschläge müssen aber je nach Himmelsrichtung, Windanfall, Betriebsunterbrechung usw. berücksichtigt werden; deshalb haben wir seit einigen Jahren auch hierüber genaue Bestimmungen getroffen.

Sodann hat Herr Bruns gemeint, die Betriebsunterbrechung dürfte der Grund sein, daß eine ungenügende Erwärmung vorhanden sei; in dem Programm sei aber von einem Dauerbetriebe die Rede. Das Programm lautet in dieser Beziehung: „Die vorgeschriebene Erwärmung der Räume soll bis zu einer Außentemperatur von -20 Grad Celsius dauernd erhalten werden, ohne die Anlage über ihre normale Leistungsfähigkeit zu beanspruchen.“ Ich glaube, daraus hat seinerzeit keine der aufgeführten Heizungsfirmen herausgelesen, daß für die Heizungsanlage ein Dauerbetrieb stattfinden soll. Das wäre ja auch das Unvernünftigste, was man hätte machen können. Denn in dem Kesselhause, von dem aus das ganze Technikum geheizt wird, stehen keine gewöhnlichen Heizungskessel für Niederdruckdampf, die lizenzfrei sind, d. h. ohne Aufsicht bleiben können, sondern Hochdruckkessel, die mit einem Druck von acht bis zehn Atmosphären arbeiten und nach den gesetzlichen Bestimmungen die dauernde Anwesenheit eines Heizers erfordern, solange sie in Betrieb sind. Es müßte bei einer Dauerheizung also die ganze Nacht

hindurch ein Heizer anwesend sein. Das wäre zweifellos eine recht teure Ausgabe. Ich glaube, wie gesagt, nicht, daß irgend jemand aus dem Programm die Absicht, einen Dauerbetrieb einzurichten, herausgelesen hat; wenn die Firma Bruns seinerzeit im Zweifel gewesen wäre, so hätte eine einfache Anfrage beim Hochbauamt genügt, um darüber genaues festzustellen.

Herr Dr. Böhmert: Herr Präsident! Meine Herren! Wir erkennen an, daß die Kommission gründlich und ohne Ansehen der Person ihr Gutachten erstattet hat. Ganz vornehmlich freue ich mich darüber, daß endlich einmal wirklich gründliche Mittel vorge schlagen werden, um der unerhörten Kalamität abzuhelfen. Ich will bei der jetzigen Sachlage die Frage, ob die ausführende Firma oder die Bauleitung ein Verschulden trifft, gar nicht weiter erörtern. Ich selbst bin kein Sachverständiger und kann darüber nicht urteilen. Ich will einmal annehmen, daß ein Verschulden nicht vorliegt. Dann steht aber fest, daß man jahrelang wie die Rabe um den heißen Brei (oder hier eigentlich um den kalten Brei) herumgegangen ist, weil dabei ein Mitglied der Bürgerschaft in Betracht kommt. (Unruhe. Ruf von rechts: Unerhört!) Diese Tatsache gibt mir im Auftrage meiner Freunde Veranlassung, einige grundsätzliche Erörterungen an die ganze Sache anzuknüpfen. Herr Behle hat auf das schon hingedeutet, was ich sagen möchte. Ich glaube, daß es höchst bedenklich ist, wenn Mitglieder der Bürgerschaft in so hohem Maße, wie es vorliegt, an Lieferungen des Staates interessiert sind. (Sehr richtig! links.) Wir haben darauf mehrfach hingewiesen, und ich glaube, daß zahlreiche Gründe dafür angeführt werden können, daß die schwersten Unzuträglichkeiten daraus entstehen. Ich mache darauf aufmerksam, daß auch die Beamten, die dabei in Betracht kommen, in große Schwierigkeiten geraten, wenn es sich um Lieferungen von Mitgliedern der Bürgerschaft handelt, besonders dann, wenn diese Mitglieder besonders einflußreich sind. Es liegt auf der Hand, daß leicht die Tatsache eintreten kann, daß diese Beamten befürchten, sie würden in ihrem Fortkommen, in ihrer Amtsführung Schwierigkeiten zu besorgen haben, wenn sie da energisch vorgehen. (Zustimmung links, große Unruhe. Ruf rechts: Unerhört!) Meine Herren! Wir sind alle Menschen. (Zurufe. Unruhe.) Es handelt sich nicht um einen einzelnen Herren, es kommen eine ganze Reihe in Frage. (Zurufe.) Aber auch hier in der Bürgerschaft geraten wir in Schwierigkeiten. Denn es ist klar, daß sich niemand gern unnötig Feindschaften zuzieht, die ihn in seiner öffentlichen Tätigkeit behindern. Es liegt in solchen Fällen unbedingt die Schwierigkeit vor, daß wir nicht mit der Unabhängigkeit unseres Urteils an die Dinge herangehen, wie wir es tun möchten, nur weil es sich um einen Kollegen in der Bürgerschaft handelt. Schließlich möchte ich noch darauf hinweisen — und das scheint mir das

wichtigste — daß auch das Ansehen der Bürgerschaft darunter leiden muß, wenn das Publikum so häufig sieht, daß Mitglieder der Bürgerschaft in hervorragendem Maße an Staatslieferungen beteiligt sind. Ich sage das mit vollem Bewußtsein, da ich weiß, daß ich recht habe; mir sind zahlreiche derartige Bemerkungen zugegangen. Auch außerhalb der Bürgerschaft gibt es Sachverständige und gute Lieferanten genug. Ich will mit dieser Bemerkung nicht den betreffenden Firmen den Vorwurf machen, sie hätten den Staat geschädigt. Das liegt mir gänzlich fern. Ich weiß, daß diese Firmen — auch die Firma Bruns, und das möchte ich im Gegensatz zu Herrn Behle sagen — zu den leistungsfähigsten gehören. Das schließt aber nicht aus, daß bei Lieferungen des Staates durch solche Firmen unzweifelhaft Schwierigkeiten eintreten müssen. Diejenigen Herren, die sich in hervorragendem Maße an Staatslieferungen beteiligen, sollten sich überlegen, ob diese Geschäfte für den Staat eine solche Lebensfrage für sie sind, daß sie auf diese Lieferungen nicht verzichten können — dann sollten sie aus der Bürgerschaft austreten — oder wenn sie sich sagen, daß die Mitgliedschaft zur Bürgerschaft für sie eine Ehrensache ist und sie darauf nicht verzichten wollen, dann sollten sie auf die Lieferungen für den Staat verzichten. Das ist, was ich im Auftrage meiner Freunde zum Ausdruck bringen wollte. Wir werden auf die Frage noch öfter zurückkommen, weil wir eine Abhilfe für dringend nötig halten. (Beifall links.)

Präsident: Herr Dr. Böhmert, Sie haben gesagt, man sei jahrelang wie die Raze um den heißen Brei herumgegangen, (Herr Garves: Um den kalten Brei!) und zwar deshalb, weil Bürgerschaftsmitglieder dabei in Betracht kämen. Sie haben damit, ohne Namen zu nennen, einen Vorwurf gegen Behörden oder gegen Beamte erhoben, den ich meinerseits zurückweisen muß.

Herr Busch: Herr Präsident! Meine Herren! Nach den Ausführungen des Herrn Bruns müssen Sie annehmen, daß Sie mit den Herren, die Sie in die Kommission gewählt haben, gründlich hereingefallen sind. Herr Bruns hat ausgeführt, der Bericht strotze von unrichtigen Angaben. Herr Präsident! In erster Linie sprach Herr Bruns von den Fenstern. Er bemängelte, daß die Kommission die Fenster im August besichtigt habe und daß nur einige Herren an der Besichtigung teilgenommen hätten. Ich frage Sie: Wann sollten wir denn die Fenster besichtigen? Wir mußten sie doch während der Ferien besichtigen. Und daß während der Ferien nicht alle neun Kommissionsmitglieder zusammenzubringen waren, ist auch klar. Auch ist es ganz gleichgültig, ob alle Kommissionsmitglieder dabei waren oder nur sechs oder sieben. Weiter ist es gleich, ob man die Fenster im Sommer, im August ansieht, oder im Winter, die Fenster bleiben

immer dieselben. Dann sind die Fenster herausgenommen und gesehen. Heute sagt Herr Bruns, die Fenster wären zwar nicht schlecht, aber sie wären nicht gut eingesezt. Gestern vertrat er noch den Standpunkt, daß auch die Fenster schlecht seien. Es ist gar nicht zu verwundern, daß an den Tagen, wo ein starker Sturm und Regen herrschte und der Regen gegen die Mauer und Fenster gepeitscht wurde, Wasser durch die Fenster geht. Hat denn aber Herr Bruns auch darauf gesehen, ob die Balanzefenster vollkommen geschlossen waren? (Herr Bruns: Halten Sie mich doch nicht für so dumm!) Damit ist doch gemeint, daß die Balanzefenster nicht weit offen gestanden haben, sondern sie brauchen nur nicht ganz dicht zu schließen, nur $\frac{1}{2}$ mm Vorstand genügt, dann läuft das ganze Wasser von der Mauer in die Fenster über das Balanzeoberlicht. Hieraus darf man aber noch nicht folgern, die Fenster seien schlecht. Nun sagt Herr Bruns, die Fenster seien trocken eingesezt. Aber sie sind später mit Putzleisten versehen, und diese sind mit Kitt angelegt, so daß von der Seite nicht der geringste Regen hineinkommen kann. Ich behaupte heute noch, daß die Fenster sehr gut sind, und erwähne, daß ein Mitglied der Kommission gesagt hat, er könne sie nicht besser herstellen. Ich meine, wenn ein Sachverständiger der Bürgerschaft das sagt, dann sollte Herr Bruns sich damit zufrieden geben; er will doch nicht mehr sachverständig sein, als Herr Brasch. In der Kommission kam dann der große Kohlenverbrauch zur Sprache. Herr Staatsbaurat Knop hat schon ausgeführt, woher der große Kohlenverbrauch kommt. Das sagt nicht allein das Hochbauamt, sondern auch Herr Professor Vilge, der die Heizungs- und Maschinenanlagen beaufsichtigt. Den Bericht von Herrn Professor Vilge habe ich noch in der Akte liegen lassen, damit Sie sich, meine Herren, davon überzeugen können; auch Herrn Bruns standen die Berichte zur Verfügung. Herr Professor Vilge erklärt, daß soviel Kohlen für elektrisches Licht verrechnet werden müßten, und der Rest für die Heizung, daraus ergibt sich, daß fünf Waggons von der Heizung zuviel verbraucht werden. Bei der Berechnung, die das Hochbauamt und Herr Professor Vilge vorgenommen haben, ist noch ein zweimaliger Luftwechsel angenommen, ein zweimaliger Luftwechsel kommt im Technikum aber wohl nicht vor. — Dann sprach Herr Bruns, daß der Kommissionsbericht in sofern auf einem Irrtum beruhe, indem behauptet wurde, die Heizung werde überanstrengt; sie könne aber nicht überanstrengt werden. Herr Baurat Knop hat schon darauf hingewiesen, daß es ein Unterschied ist, ob der Dampf mit acht bis neun Atmosphären oder mit zwei Atmosphären in die Heizung kommt, das ist ein großer Unterschied. Deshalb behaupte ich, daß das eine Ueberanstrengung der Heizung ist. Ich darf noch auf den Bericht hinweisen, den wir seinerzeit vom Senat bekommen haben. Da schrieb der Direktor

des Technikums: „Obwohl von 12 Uhr nachts dauernd geheizt ist, ist die Temperatur nicht herzustellen gewesen,“ und er empfiehlt Doppelfenster und Verstärkung der Heizkörper. Also der Direktor war schon damals der Meinung, daß das vorgeschlagene das Richtige sei. Ich müßte dasselbe wiederholen, was Herr Staatsbaurat Knop vorgetragen hat, deshalb will ich auf weiteres verzichten. Ich muß nur noch auf eins hinweisen, was Herr Bruns bemängelte, daß der Direktor beim Besichtigen der Fenster nicht herangezogen sei. Der war an dem Tage nicht da. (Widerspruch.) An dem Tage war er nicht da, Herr Schierenbeck. Nun sagt Herr Bruns, wir hätten uns vom Schuldiener führen lassen, dies ist nicht richtig. Wir hatten die Fenster herausnehmen lassen, und dazu brauchen wir den Schuldiener nicht. Von der Führung durch den Schuldiener kann also keine Rede sein. Zum Schlusse möchte ich noch sagen: Die Bürgerschaft hat die Mitglieder der Kommission gewählt, und auch mich. Die Mitglieder der Kommission haben mich zu ihrem Vorsitzer gemacht. Dafür kann ich doch nicht, ich habe mich nicht dazu gedrängt. (Heiterkeit.) Herr Bruns sagt, ich sei Mitglied der Baudeputation. Auch als Mitglied der Baudeputation hatte ich keine Veranlassung, den Vorsitz abzulehnen. Ich möchte bitten, den Anträgen der Kommission stattzugeben. Wir erreichen dadurch, daß ins Technikum bessere Verhältnisse einziehen. Machen Sie sich einmal die Mühe und sehen Sie sich die Heizkörper dort an. Sie finden sie in den großen Klassen nicht wieder. Das muß jeder Laie sagen, daß die Heizkörper in den großen Klassen zu klein sind. Ich bitte nochmals, die Anträge zu genehmigen.

Herr Brasch: Herr Präsident! Meine Herren! Ob die Heizkörper zu klein oder zu groß sind, kann ich nicht beurteilen. Ich habe als Sachverständiger des Holzgewerbes die Fenster mit angesehen und habe gefunden, daß sie, da sie acht Jahre im Bau gewesen haben, nicht besser sein können, wenn sie jetzt neu gemacht werden, doch gebe ich zu, daß sie wohl etwas weniger Luft hätten haben können. Jedes Fenster konnte ich nicht nachsehen, aber die Flügel habe ich teilweise nachgesehen, da habe ich nicht mehr als zwei bis drei Millimeter Luft gefunden, und soviel muß ein Fenster haben, da kann der Wind nicht durchziehen. Es wird jetzt gesagt, beim Schlagregen regnet es durch, aber bei jedem Neubau regnen die Fenster an der Unwetterseite beim Schlagregen durch. Die jetzige Hochbauverwaltung setzt die Fenster etwas anders ein als es damals geschehen ist. Die Fenster haben größere Ansätze von 10 cm, da liegt das Fenster trocken hinter. Man hat sich später geholfen, und den Wind, der da durchgehen konnte, abzuschwächen versucht, und zwar durch Dichten mit Putzleisten an der Innenseite. Da kann jetzt kein Wind durch. Es sind große Fensterflächen, drei große dreiteilige Fenster,

die Schulbänke stehen scharf am Fenster. Wenn die Schüler da sitzen, dann fühlen sie von selbst die Kälte. Daß das Durchziehen der Fenster allein schuld sein soll, glaube ich nicht. Ob die Heizungsflächen zu klein sind, darüber müssen die technischen Beamten entscheiden. Wenn Herr Dr. Böhmert glaubt, daß die Mitglieder der Bürgerschaft vom Hochbauamt bei Submissionen bevorzugt und nicht scharf kontrolliert werden, dann irrt er sich sehr. Gerade die Herren, die in der Bürgerschaft sitzen und Arbeiten für den Staat machen, denen wird genau auf die Finger gesehen. Wenn er glaubt, daß die Bürgerschaftsmitglieder keine Arbeiten für den Staat ausführen sollten, ja, die Beamten können es doch unmöglich. Die Beamten haben sich erlaubt, Urteile zu fällen, wo es nicht nötig gewesen wäre. Dann müssen aber die Beamten erst recht aus der Bürgerschaft heraus, denn die arbeiten auch für den Staat. Woher sollen wir die sachverständigen Mitglieder sonst bekommen? Wir können sie doch nicht vom Himmel holen. Wenn Sie keine Sachverständigen in der Bürgerschaft haben, dann sitzen Beamte darin, diese sind gerade so wie alle anderen und bilden sich ein, überall sachverständig zu sein.

Herr Leymann: Ich wollte mich gegen Herrn Behle aussprechen, aber das hat der Herr Senatskommissar vorzüglich ausgeführt. Mir ist ein ähnlicher Fall bei den Häusern passiert, die ich gebaut habe. Die Leute klagen, daß sie das Zimmer nicht warm kriegen könnten und eine Menge Kohlen verbrauchten. Und was habe ich gefunden? Sie haben nachts das Feuer ausgehen lassen aus Sparsamkeitsrücksichten. Im nächsten Jahre haben sie mir aus freien Stücken erklärt, jetzt hätten sie das ganze Haus immer warm und brauchten nur ein Drittel Koks. Ist das nicht beim Technikum dasselbe? Dort will man ein warmes Haus haben und heizt nur am Tage. Die ganzen Wände ringsherum werden kalt. Und wenn wir am Morgen ein paar Stunden eher heizen, dann haben wir wohl warme Heizkörper, aber kalte Mauern rings herum. Wenn wir den Vorschlag von Herrn Bruns annehmen und bewilligen die Doppelfenster und heizen nachts durch, dann haben wir ein warmes Technikum. Und wenn es dann nicht ausreicht, dann hat Herr Bruns sich bereit erklärt, die fehlenden Heizkörperflächen gratis zu liefern. Ich glaube, einen besseren Vorschlag können wir nicht akzeptieren.

Herr Holzmeier: Herr Bruns hat in der Debatte auf eine Zeitung Bezug genommen und damit die „Bürgerzeitung“ gemeint. Trotzdem ist die Sache, um die es sich handelt, keine sozialdemokratische Angelegenheit in ihrem Ursprung gewesen. Vielmehr bot den Anlaß zu unserer Ausführung ein Vorgang, der in anderen Kreisen sich abgespielt hat. In Bürgervereinskreisen hatte eine entsprechende Erörterung stattgefunden, und zwar über die Angelegenheiten der

Fortschrittlichen Volkspartei, unter Beteiligung des Herrn Direktor Böhmert. In dieser Versammlung war darauf hingewiesen worden, daß es unpassend sei in vieler Hinsicht, wenn Geschäftsinhaber, Fabrikanten und derartige Leute in die Bürgerschaft zu kommen suchten und dann in der Lage wären — ich will mich vorsichtig ausdrücken, um nicht mit dem Herrn Präsidenten in Konflikt zu kommen — dann in der Lage wären, diejenigen Beziehungen auszunutzen, die man an einer solchen Stelle erwirbt, um bei Vergabung von Staatsarbeiten in erster Linie berücksichtigt zu werden. (Widerspruch.) Daß solche Beziehungen eine Rolle spielen können, das werden Sie zugeben (Widerspruch), wenn Sie sich einmal erinnern, wie es zu Anfang dieser Sitzung hergegangen ist, wie sehr da Techniker und Berufsfachleute verschiedener Meinung waren, wer am besten den Ofen im Krematorium bauen könne. Die Meinungen sind eben häufig in solchen Fällen verschieden, und jeder, der es richtig anzufangen versteht und sich zu benehmen weiß und sich im besten Lichte darzustellen versteht, der erhält günstige Gutachten schon leicht. Da fragt es sich dann eben: Wer kennt den Mann, und welche Beziehungen hat er? Und wer da die meisten Leute hat, die für seine Sache sprechen, der hat die größten Aussichten. So wird es in der Welt immer gehen. Es ist nicht umsonst die Meinung aller anständigen Leute, beispielsweise im Reiche, daß es unpassend sei, wenn z. B. der Kolonialminister Geschäfte mit einer Kolonialfirma machen wollte, wenn er seine Stellung als Staatsminister und Staatsbeamter in diesem Sinne ausnützen würde. Es ist aber dieselbe Sache, die hier auch in Betracht kommt. Wir sind nun zu unserer Notiz auf die Weise gekommen, daß dieses System vom Amtsblatte des Herrn Runoth in jener Debatte in Schutz genommen worden ist. Ich verlasse mich dabei auf den eigenen Bericht in den „Bremer Nachrichten.“ Danach hat er gesagt, daß in der Sache nichts gefunden werden könne, da noch nie beobachtet worden sei, daß der Staat Schaden davon gehabt hätte. Demgegenüber haben wir dann auf den Fall Bruns hingewiesen. Lag da nicht der Fall vor, daß Herr Bruns die Begutachtung der Angelegenheit wegen der Heizung im Technikum der Baukommission hat zuspielen wollen? Wir haben also geschrieben, es sei z. B. nicht in der Ordnung gewesen, daß von Herrn Bruns als Lieferanten darauf gedrungen worden sei, daß die Sache von der Baukommission geprüft werde, weil diese doch gewissermaßen innerlich gebunden sei, indem sie derzeit der Regelung der Angelegenheit zugestimmt habe. Darauf sandte uns Herr Bruns eine Berichtigung, welche besagte, daß die Baukommission mit der Vergabung von solchen Arbeiten nichts zu tun habe. Darauf haben wir sofort, als wir die Berichtigung abdruckten, erwidert, so ganz lose sei die Verbindung doch bestimmt nicht. Die Baukommission hat doch jedesmal bei der Behandlung solcher Staatsaufträge,

die vor die Bürgerschaft gebracht werden, mitzusprechen. Und, Herr Präsident! Meine Herren! Wir haben ja heute wieder ein Beispiel gehabt, das uns etwas ähnliches zeigt. Wir haben heute zu Anfang der Sitzung darüber debattiert, welche Firma den Ofen im Krematorium ausführen soll. Da hat die Baukommission Gelegenheit gehabt und Gelegenheit genommen, sich darüber zu äußern, welche Firma in Betracht kommen soll. So, meine Herren, wird es oft genug kommen. Mindestens ist für denjenigen, der Erfolge erzielen will, die Möglichkeit gegeben, auch wenn die Sache schon vergeben ist oder vergeben werden soll, einzugreifen und die Frage vor das Forum der Baukommission zu bringen, und die Kommission hat jedenfalls das Recht, die Sache zu prüfen und sich darüber zu äußern, ob der Lieferant geeignet ist. So ist die Baukommission, weil sie keinen solchen Einspruch getan hat, in gewissem Sinne mitschuldig — nicht in üblem Sinne — an dieser Sache, und sie ist in der Sache gebunden. Daß die Firma Bruns in solcher Weise bevorzugt wird, ist allgemein aufgefallen, und die Heizungsfirmen haben sich sogar im Herbst vorigen Jahres veranlaßt gesehen, insorgedessen zu streiken. Da die Baukommission nun bei alledem nicht eingegriffen hatte, so war sie bei der Sache „bemeiert“, wie man zu sagen pflegt, und zu einer Untersuchung der Sache nicht geeignet. Daß wir gegen ihre Heranziehung gewesen sind, ist nicht sozialdemokratische Bosheit gewesen. Das geht aus dem Umstande hervor, daß der Vorschlag des Herrn Bruns, die Prüfung der Sache der Baukommission zu überlassen, überall der kühlfsten und schärfsten Ablehnung begegnet ist und nicht einmal soviel Stimmen gefunden hat, daß er zur Abstimmung gelangen konnte. Unter diesen Umständen haben wir wohl ein Recht, zu sagen, daß es nicht besonders angebracht ist, Herrn Bruns in die Lage zu versetzen, als Lieferant hier seinen Einfluß auf den Verlauf der Angelegenheit in der Weise auszuüben, in einer Weise, bei der immerhin die Möglichkeit vorliegt, daß ihm seine Privatinteressen ganz besonders am Herzen liegen. Herr Präsident! Meine Herren! Haben ihm denn wirklich die Interessen seiner Firma etwa nicht am Herzen gelegen, als er hier seine Ausführungen gegen den Bericht der Kommission gemacht hat? An diese Interessen hat er doch in erster Linie gedacht; es mußte ihm daran gelegen sein, sich zu rechtfertigen, seine Firma zu rechtfertigen. Das war doch wohl seine Absicht. Das wollte ich nur bemerken, damit keine falsche Beurteilung über unser Eingreifen in dieser Angelegenheit aufkommt. (Beifall bei den Sozialisten.)

Präsident: Herr Holzmeier, Sie haben ausgeführt, bei einer Vergabung im Herbst vorigen Jahres wäre die Firma Bruns in einer Weise bevorzugt, die allgemein aufgefallen sei. Ich nehme an, daß Sie nicht haben behaupten wollen, daß die Baudeputation absichtlich die Firma Bruns bevorzugt hätte.

Herr Holzmeier: Ich habe gesagt, im Interesse des Staates — — —

Präsident: Es ist ein Unterschied, ob gesagt wird, daß eine Bevorzugung vorliege, oder ob gesagt wird, die Baudeputation habe die Firma bevorzugen wollen. Wenn Sie letzteres haben sagen wollen, so läge darin ein Vorwurf gegen die Baudeputation. Ich nehme an, daß Sie diesen Vorwurf gegen die Baudeputation nicht haben erheben wollen.

Herr Holzmeier: Ich habe ausgeführt, daß in der Bevölkerung die Sage gehe, die anderen Firmen wollten sich überhaupt nicht mehr beteiligen, weil die Firma Bruns doch alles kriege.

Präsident: Wenn Sie gesagt haben, es werde in der Bevölkerung von einer Bevorzugung der Firma Bruns gesprochen, so habe ich dagegen nicht einzuschreiten. Es handelt sich für mich nur darum, ob Sie behauptet haben, daß die Baudeputation die Firma Bruns offensichtlich bevorzugt habe.

Herr Holzmeier: Das habe ich nicht gesagt.

Präsident: Wenn Sie das nicht gesagt haben, ist die Sache erledigt.

Herr Bruns: Wir sind es ja in der Bürgerschaft gewohnt, daß die sozialdemokratische Partei das Wort ergreift in Arbeiterfragen. Ich persönlich bedauere aufs lebhafteste, daß heute abend meine beruflichen Kollegen Schutz im sozialdemokratischen Lager suchen. Die persönlichen Sachen rühren mich nicht, sie sind in glänzender Weise durch den Senatskommissar Herrn Senator Hildebrand widerlegt. Dann möchte ich der Behauptung des Herrn Behle entgegentreten — und ich bedauere, daß Herr Staatsbaurat Knop es nicht der Mühe wert gehalten hat, das schon zu tun — alle hygienischen Einrichtungen im Technikum seien verschwunden, es seien z. B. keine Abluftklappen mehr vorhanden. Herr Behle hat sich die Sachen nicht richtig angesehen, er würde sonst gefunden haben, daß die Abluftklappen noch da sind. Dann wird behauptet, die sogenannte Luftumwälzung wäre beseitigt. Das ist glatt erfunden. (Zurufe. Ruf: Sie werden aber geschlossen gehalten!) Ich bin mit Herrn Schierenbeck vor fünf Tagen noch im Technikum gewesen, da waren sämtliche Klappen offen. Dann möchte ich noch auf eins hinweisen. Es wird immer gesagt, daß ich den Auftrag für das Technikum bekommen hätte, weil ich Bürgerschaftsmitglied gewesen sei. Damals war ich es noch nicht, und erst vor zwei oder drei Jahren bin ich Rechnungsführer für das Technikum geworden. Nun steht in dem Bericht, und Herr Brasch hat es ausdrücklich bestätigt, daß in den ersten Jahren über die ungenügende Wärme gar keine Klagen gekommen sind. Glauben denn die Herren, daß ich meiner grauen Haare wegen vom Staat nicht herangezogen wäre,

wenn Klagen erhoben wären? Warum ist man nicht hervorgetreten? Im Bericht steht — ich habe die Akten mit Genehmigung des Herrn Präsidenten eingesehen — da steht ausdrücklich, daß überhaupt in den ersten Jahren keine Beschwerden gekommen seien. Und den Bericht hat Herr Staatsbaurat Knop selbst gegeben. Ich habe für drei Jahre Garantie geleistet, für drei Jahre Kautions gestellt, man hat mich aber nicht herangezogen. Oder glauben Sie, daß es in früheren Jahren nicht so kalt gewesen ist wie heute?

Nun komme ich zu den Ausführungen des Herrn Staatsbaurats Knop. Ich bedauere, daß er nicht mehr Sachkenntnis entwickelt hat. Wie kann er sagen, daß es nicht gut sei, daß Dampf mit höherer Spannung in das Haus hinübergeschickt wird? Ist denn Herrn Staatsbaurat Knop nicht bekannt, daß die Heizung im Technikum eine Niederdruckdampfheizung ist, wobei der Dampf in einem eigenen Gebäude erzeugt und mit besonderer Spannung in das Hauptgebäude geschickt wird und hier reduziert wird? Und es liegt im Interesse der Sparsamkeit — das sollte Herr Staatsbaurat Knop wissen — daß es wirtschaftlicher ist, den Dampf mit hoher Spannung hinüberzuschicken. Das ist nicht unwirtschaftlich, wie Herr Knop sich ausdrücken beliebt hat. Weiter sagt Herr Knop, zwei Jahre hätte Professor Lilge die Beobachtungen gemacht. Im Bericht steht — ich habe es heute mittag gelesen — daß Professor Lilge die Feststellungen über den Kohlenverbrauch nur für den Zeitraum von Anfang November 1912 bis April 1913 hat machen können, das sind nicht zwei Jahre, sondern nur fünf Monate. Das muß, wenn so etwas behauptet wird, genau gesagt werden. Sie sprechen in der Öffentlichkeit, Herr Staatsbaurat, und ich möchte nicht, daß meine Firma kraft Ihres Titels und Ihrer Stellung als Baurat durch solche Behauptungen bloßgestellt würde! (Ohrufe. Unruhe.) Nun sagt Herr Knop, keine Firma habe damit gerechnet, daß es ein Dauerbetrieb sein solle. Auf wen fällt denn das zurück? Es fällt auf die Behörde selbst zurück. Die Behörde gibt das Programm heraus, und in dem Programm steht mit keiner Silbe, daß der Betrieb unterbrochen werden sollte. Dann wird gesagt, daß andere Firmen einen Zuschlag gemacht hätten, und mit Pathos stimmt Herr Behle dem zu. Warum haben denn aber die Beamten in ihrem Votum nicht darauf aufmerksam gemacht, daß in dem Projekt der Firma Bruns ein Fehler sei, indem kein Zuschlag gemacht sei? Körting hatte als Wärmeabgabe 830 angegeben, das sind sage und schreibe 80 pro Quadratmeter mehr als meine Firma veranschlagt hatte. Das mußte doch auffallen! Und wenn sie nachgefragt hätten, wäre die Sache aufgeklärt. Ich hatte bis heute keine Gelegenheit, die Sache genau kennen zu lernen, erst heute mittag habe ich in der Akte darüber gelesen.

Dann möchte ich noch betonen: ich bleibe dabei: ich nehme für meine Heizung dasselbe in Anspruch wie

Herr Brasch für die Fenster, die Heizung genügt und sie wird genügen, wenn ein Dauerbetrieb eingerichtet wird und wenn die Fenster in Ordnung gebracht werden. Ob die Fenster schlecht sind oder ob sie nicht richtig eingesetzt sind, eins von beiden muß der Fall sein. Das zeigt sich sogar im Sommer bei Westwind, besonders aber in der kalten Zeit läßt sich das ausprobieren. Wenn gute Fenster vorschriftsmäßig eingesetzt werden, wie es jetzt Vorschrift ist, wie z. B. durch Herrn Basselmann, der auch Mitglied der Kommission ist, und man macht halbe Doppelfenster, dann hat man nicht nötig, die Heizflächen zu vergrößern.

Bezüglich dessen, was Herr Dr. Böhmert wegen der Beamten gesprochen hat, kann ich sagen, daß ich die Wahrnehmung nicht gemacht habe. Ich habe wohl die Wahrnehmung gemacht, daß sie ihre Pflicht und Schuldigkeit tun. Es wären sonst traurige Beamte! Inwiefern können Bürgerchaftsmitglieder auf die feste Anstellung einwirken? Wir haben wohl erlebt, daß die Beamten bei der Gehaltsregulierung zu den Mitgliedern der Bürgerchaft gehen und daß es da wie in einem Taubenschlage hergegangen ist. Wenn geschäftlich etwas zu fördern war, dann haben sie ihre Pflicht getan, und es wäre traurig, wenn sie ihre Pflicht nicht erfüllten, dann würden sie durch höhere Beamte auf ihre Pflicht hingewiesen werden müssen.

Herr Staatsbaurat Knop: Ich will Herrn Bruns seinen Wunsch, etwas über die Frischluftöffnungen und Abluftkanäle zu sagen, gern erfüllen. Im Programm für die Heizungsanlage ist gesagt, daß die Frischluftzuführung durch Dossnungen in der Außenmauer hinter den Heizkörpern erfolgen solle. Diese Dossnungen sind, soweit sie erreichbar waren, wegen der mangelhaften Erwärmung der Klassen zugemauert worden, (Herr Bruns: Auch in den Volksschulen!) nur da, wo es sehr erhebliche Kosten verursacht haben würde, ist von der Zumauerung abgesehen; hier werden sie aber dauernd geschlossen gehalten. Ueber die Abluftkanäle ist zu sagen, daß nach allem, was ich gehört habe, sorgfältig darauf geachtet wird, daß sie ständig geschlossen sind. Es ist vom Technikum sogar beantragt worden, sie zuzumauern. Dazu habe ich mich nicht entschließen können, denn wenn eine Aenderung in den jetzigen Verhältnissen eintreten sollte, dann tun die Kanäle vielleicht noch einmal gute Dienste, und wir würden viel Geld aufwenden müssen, um sie wieder herzustellen. Wie es mit der Luftumwälzung zurzeit ist, kann ich nicht genau angeben; ich weiß nicht, ob sie besteht oder beseitigt ist. Das spielt aber in diesem Fall auch gar keine Rolle. Es ist nämlich durch Messungen festgestellt, daß die Oberflächentemperatur der Radiatoren tatsächlich 100 Grad beträgt. Es ist deshalb für die vorliegende Frage ganz nebensächlich, ob die Luftumwälzung noch vor-

handen ist oder nicht; wirkungslos ist sie unter allen Umständen.

Herr Bruns sagt ferner, ich hätte berichtet, es seien keine Klagen während der Garantiezeit gekommen. Die Akte ist seit Monaten, vielleicht seit einem Jahre nicht mehr in meinen Händen, so daß ich nicht mehr weiß, was ich in meinem Bericht geschrieben habe. Ich glaube, es lautet so, daß aus den Akten keine Klagen festzustellen gewesen sind. (Herr Bruns: Was ist das? Ist das etwas anderes?)

Dann kommt Herr Bruns auf die Angaben des Herrn Professor Lilge über den Kohlenverbrauch zu sprechen, und hat mich dabei persönlich angegriffen, worauf ich hier nicht antworten will. Wenn Herr Bruns aber den Bericht des Professor Lilge so genau kennt, wie er eben gesagt hat, dann sollte er auch wissen, daß darin der Kohlenverbrauch nur für die Heizung angegeben ist, während Herr Bruns vorhin gesagt hat, man müsse berücksichtigen, daß diese fünf Waggon für die Erzeugung des elektrischen Lichtes ausgegeben seien. (Herr Bruns: Habe ich nicht gesagt!) Jawohl, Herr Bruns, das haben Sie gesagt. (Zustimmung.) Ob nun Herr Professor Lilge seine Berechnungen in einer oder in zwei Heizperioden gemacht hat, kann ich mit Bestimmtheit nicht sagen, denn die Akte ist, wie ich schon erwähnt habe, seit längerer Zeit aus meinen Händen. Herr Professor Lilge hat jedenfalls schon früher versucht, den Kohlenverbrauch für die Heizung durch Messen des zurücklaufenden Kondenswassers festzustellen. Das ist, soviel ich weiß, zuerst fehlgeschlagen, weil die Kondenswasserleitung zu flach verlegt war; jedenfalls funktionierte der hingebaute Wassermesser nicht ordnungsmäßig.

Herr Bruns wundert sich, daß in dem Berichte des Heizungsingenieurs nichts darüber gesagt ist, daß das Angebot der Firma Bruns nicht ausreichen würde. Warum der Heizungsingenieur darüber nicht berichtet hat, ist mir unbekannt. Ich war noch nicht in Bremen, als die Heizung ausgeführt worden ist.

Dann noch ein kurzes Wort über die Fenster. Ich war nicht anwesend, als die Fenster während des letzten Sommers herausgenommen und untersucht wurden. Ich kann mich also darüber wenig äußern. Das allerdings muß ich bestätigen, daß wir, solange ich das Hochbauamt II habe, die Fenster nicht mit Kitt einsetzen, sondern vor dem Einsetzen einen mit Del getränkten Strick auf die Blendrahmen nageln, um ein inniges Anschmiegen an das Mauerwerk herbeizuführen.

Endlich behauptet Herr Bruns, wenn die Heizflächen überhaupt vergrößert werden müßten, würde es sich nur um das Ansetzen von wenigen Gliedern handeln, was nicht so teuer sei. Wir wollen, wenn wir etwas in der Sache tun, radikal vorgehen. Wir wollen daher die Heizkörper nicht nur verlängern,

sondern möglichst, vor allen Fenstern Heizkörper anbringen, wie das auch bei unsern neueren Volksschulen der Fall ist. Das ist das sicherste Mittel, um die Belästigung, die durch die herabfallende kalte Luft entsteht, zu beseitigen, und das hoffen wir auch im Technikum zu erreichen.

Herr Schierenbeck: Ich würde in dieser Angelegenheit das Wort nicht genommen haben, wenn ich nicht Mitglied der Behörde für das Technikum wäre. Ich komme häufig mit den Lehrern des Technikums zusammen und habe mehrfach gehört, wie sie über Undichtigkeit vieler Fenster klagen. In den Weihnachtsferien habe ich Gelegenheit genommen, mir das Technikum daraufhin genau anzusehen. Verschiedene Herren waren zufälligerweise anwesend; davon war mir selbstverständlich vorher nichts bekannt. Ich habe gefunden, daß das, was Herr Bruns über die Fenster ausgeführt hat, richtig ist. Ob es nun an den Balanzfenstern oder an den Flügeln oder am Einsetzen liegt, das ist Nebensache. Tatsache ist, daß sie undicht sind, daß Feuchtigkeit und Zugluft hindurchkommen können. Einzelne Fenster an der Südwestseite sind so undicht, daß schon im Winter Schneeflocken auf die Zeichenbretter gefallen sind. Das liegt doch wohl nicht an der Heizung! Der Direktor der Schule hat mir dies kürzlich noch mitgeteilt, und wir haben keine Ursache, das zu bezweifeln. Wir sollten deshalb zunächst die Fenster so verbessern, daß sie weniger Zugluft und keine Feuchtigkeit durchlassen. Der Vorschlag von Herrn Bruns ist also absolut richtig; wir können somit das Geld für die Heizkörper wenigstens vorläufig sparen, wenn wir das jetzt sparen, dann sparen wir es doch für immer. Herr Bruns hat ja soeben erklärt:

Wenn die Fenster gedichtet und dann Doppelfenster angebracht werden, wenn das Technikum dauernd geheizt wird und dann noch keine bessere genügende Erwärmung stattfindet, dann werde ich die Vermehrung der Heizkörper auf meine Kosten ausführen lassen.

Herr Staatsbaurat Knop hat mich nicht überzeugen können, daß es für solche Räume genügen müsse, wenn man um 6 Uhr morgens anfängt zu heizen. Ich glaube, in jeder Privatwohnung, in welcher Warmwasserheizung ist, oder in welcher Dauerbrandöfen stehen, läßt man diese die Nacht über durchbrennen. Wenn man es in Privathäusern nicht für genügend hält, nur am Tage zu heizen, dann sollte man in so großen Lokalitäten wie im Technikum auch durchheizen. (Glocke. Präsident: Ich bitte um Ruhe!) Wenn es kalt ist, so fängt man zwischen 12 und 1 Uhr an zu heizen, aber man könnte ebenso gut durchheizen; Herr Leymann hat bewiesen, daß man dabei billiger wegkommt. Ich bitte die Bürgerschaft, der Empfehlung von Herrn Bruns nachzukommen und jetzt nur die Doppelfenster zu bewilligen.

Ich möchte auch auf einen Punkt hinweisen, den Herr Bruns schon erwähnt hat. Der Direktor hat sich bei der Behörde über die Undichtigkeit der Fenster beschwert. Auf Veranlassung der Behörde ist der Antrag an die Bürgerschaft gekommen, Doppelfenster anzubringen. Als die Kommission zur Besichtigung im Technikum war, hat sie sich um den Direktor nicht bekümmert. Es wäre richtig gewesen, daß, wenn von einem Leiter einer Anstalt eine Beschwerde erhoben worden ist, man sich auch bei dem näher erkundigt hätte. Man hätte ihn füglich heranziehen müssen, das erfordert nach meiner Ansicht einfach der Anstand. Es ist gar nicht erwiesen, daß die Kommission die richtigen Fenster untersucht hat. Herr Bruns sagt ja auch, sie hätte wohl nicht die undichten Fenster herausgenommen. Was nützt ein solcher Bericht? Wir sollten Herrn Bruns folgen. Das ist, soviel ich weiß, auch die Ansicht der Behörde. (Zuruf.) Die Person von Herrn Bruns spielt für mich keine Rolle, es handelt sich nur um die Sache selbst.

Dann möchte ich auf einen zweiten Punkt eingehen, den Herr Direktor Dr. Böhmert und Herr Behle herangezogen haben in bezug auf Bürgerschaftsmitglieder, die Arbeiten für den Staat übernehmen. Die Herren gehen in dieser Beziehung viel zu weit. Man kann darüber verschiedener Meinung sein, ob Bürgerschaftsmitglieder Arbeiten für den Staat übernehmen sollen; aber eine Verpflichtung aufzustellen, daß derjenige, der für den Staat arbeitet, aus der Bürgerschaft austreten soll, das geht zu weit. Ich glaube, daß die Mehrheit der Bevölkerung und auch zuweilen die Sozialdemokraten anderer Meinung sind. (Zwischenrufe.) Warten Sie ab mit Ihren Zwischenrufen. Sie wollen doch auch nicht, daß unsere Fabriken bei besonderen Gelegenheiten fremde Arbeiter heranziehen, Sie wollen die bremischen Arbeiter berücksichtigt wissen. Sie wollen wir auch die bremischen Handwerker berücksichtigen, gleichviel, ob sie Mitglieder der bremischen Bürgerschaft sind oder nicht, wenn sie nur reelle Arbeit liefern! Wenn Herr Dr. Böhmert nach seinem Vorschlage konsequent verfahren wollte, dann müßte er bei seinen engsten Freunden in der Fraktion anfangen, unter welchen auch zwei Herren sind, die für den Staat Arbeiten liefern. Ich könnte noch andere Beispiele anführen; ich will es unterlassen. (Los doch!) Es ist nicht Sitte, hier Namen zu nennen! Wenn man es konsequent durchführen würde, daß keiner in der Bürgerschaft sein dürfte, der für den Staat liefert, wo blieben dann Herr Dr. Böhmert und ich, wir beide arbeiten doch auch für den Staat! Dann müßten wir auch ausgeschlossen werden. Man darf keine Prinzipienreiterei treiben. Man muß sagen, es sollen keine Unreellitäten vorkommen, es sollen die Bürgerschaftsmitglieder nicht unter allen Umständen in erster Linie berücksichtigt werden. Man instruiere die Beamten, weil die den Lieferanten nicht immer genügend auf die Finger sehen. Ein richtiger Beamter müßte eventuell sagen: Die Arbeit ist nicht so,

wie sie nach dem Vertrage geliefert werden muß. Ich bin kein politischer Freund von Herrn Bruns, unsere Ziele sind weit auseinandergehend, aber ich halte es verkehrt, ihm in der Öffentlichkeit zuzurufen: „Den Bürgerschaftsmitgliedern soll nicht gestattet sein, für den Staat zu arbeiten.“ Wenn wir keine Sachverständigen hätten, so würden wir sehr häufig gezwungen sein, solche von außerhalb heranzuziehen, wir sollten uns freuen, daß wir solche besitzen. Wir müssen das größte Gewicht auf reelle Lieferung legen. Unsere Wähler wünschen, daß gerade bremische Gewerbetreibende berücksichtigt werden. Warum sollten nicht tüchtige Gewerbetreibende, die gute Arbeiten liefern, nicht auch in die Bürgerschaft gewählt werden dürfen? Nur wegen Prinzipienreiterei? Diese Forderung geht entschieden zu weit.

Herr Staatsbaurat Knap: Einige Worte auf die Ausführungen des Herrn Schierenbeck. Es ist richtig, daß es wirtschaftlicher ist, Zentralheizungen nachts durchbrennen zu lassen. Wir tun das auch in allen Staatsgebäuden, welche Zentralheizungen haben. Es handelt sich da aber um Niederdruckdampfheizungen, bei denen die Kessel abends auf „klein“ gestellt werden und dann mit geringem Brennstoffverbrauch durchbrennen, ohne irgendwelcher Bedienung und Beaufsichtigung zu bedürfen. Beim Technikum haben wir aber eine Hochdruckkesselanlage, bei der stets ein Heizer anwesend sein muß, also, wenn durchgebrannt werden soll, auch während der Nacht. Ein Heizer kostet aber jährlich 1700—2000 Mk., während die beantragte Vergrößerung der Heizung 8500 Mk., also nur das Fünffache des Heizergehalts, kosten wird. Dazu kommt der sicherlich sehr erhebliche Kohlenverbrauch während der Nacht. Ich glaube also nicht, daß es rentabel ist, anstatt eine Vergrößerung der Heizung vorzunehmen, einen neuen Heizer anzustellen und dann nachts durchzuheizen.

Herr Schierenbeck sagte weiter, daß vielleicht die falschen Fenster herausgenommen seien. Die Fenster sind von drei oder vier verschiedenen Firmen geliefert, deshalb sind auch von jeder Firma einige Fenster zur Untersuchung herausgenommen worden. Es wäre doch ein merkwürdiger Zufall, wenn nur die wenigen guten Fenster getroffen wären.

Dann habe ich vorhin vergessen, auf eine Bemerkung des Herrn Bruns zu antworten. Er sagte, es sei nicht teurer, sondern billiger, wenn der Dampf hochgespannt hinübergeleitet würde. Das trifft im allgemeinen zu. Mir ist aber sehr zweifelhaft, ob dies auch für das Technikum gilt. Hier wird Dampf von 8—10 Atmosphären nur für die Lichtmaschinen gebraucht, während für die Heizung 3—4 Atmosphären genügen. Ich bin aber kein Maschinenbauer und kann daher hierüber kein sicheres Urteil abgeben, weil ich in dieser Sache nicht vollständig zu Hause bin.

Es wird Schluß der Debatte beantragt.

Rednerliste: Voigt, Ed. Achelis, Behle, Dr. Böhmert, Kunoth, Busch, Holzmeier, Theilen.

Der Schlußantrag wird genügend unterstützt.

Zur Aufklärung des Tatsächlichen

Herr D. Lampe: Den Ausführungen des Herrn Dr. Böhmert gegenüber möchte ich als Mitglied der Baudeputation konstatieren, daß gleich nach der Flügel-Affäre auf Anregung des Vorsitzenden der Deputation, des verstorbenen Bürgermeisters Schulz, die Baudeputation unter sich, ohne daß sie nach der Verfassung dazu gezwungen war, beschlossen hat, daß kein Mitglied der Deputation für den Staat Lieferungen und Arbeiten übernehmen solle. Und danach ist, soviel ich weiß, auch immer verfahren. (Bravo!)

Herr Dr. Böhmert: Der Herr Präsident hat zu meinen Ausführungen bemerkt, ich hätte die Beamten angegriffen, ihnen Pflichtverletzung vorgeworfen. Das habe ich nicht getan, wie Sie aus meinen Ausführungen ersehen werden, wenn sie gedruckt vorliegen. Ich habe gesagt: dadurch, daß Mitglieder der Bürgerschaft an Lieferungen beteiligt sind, können erhebliche Schwierigkeiten für die Beamten entstehen, weil sie befürchten müssen, unter Umständen in ihrer Amtsführung durch Mitglieder der Deputation sehr stark behindert zu werden. Einen Angriff auf die Beamten habe ich nicht ausgesprochen. Wie Herr Bruns gegen Beamte vorzugehen pflegt, haben wir eben gehört — — —

Präsident: Bitte zur Aufklärung des Tatsächlichen.

Herr Dr. Böhmert: Jedenfalls habe ich keinen Vorwurf gegen Beamte erheben wollen. Darf ich annehmen, daß nunmehr der Herr Präsident — — —

Präsident: Ich glaube nicht, daß ich mich geirrt habe.

Herr Kunoth: Herr Holzmeier hat in seiner Verlegenheit meinen Namen in ganz unberechtigter Weise in seine Rede hineingezogen. Ich habe nichts mit dieser Sache zu tun gehabt und lediglich in einer Versammlung des Schwachhauser Bürgervereins gegenüber Ausführungen eines Fraktionsmitgliedes erwidert, daß ich mich gegen jede Bevorzugung eines Bürgerschaftsmitgliedes bei Submissionen energisch aussprechen müsse, daß mir aber kein Fall einer solchen Bevorzugung bekannt geworden sei, und daß in den Deputationen, in denen ich Mitglied sei, bei Submissionsvergebungen alles auf das gewissenhafteste ohne Bevorzugung von einzelnen Personen geprüft werde, daß allein das Staatsinteresse maßgebend und daß ich der festen Ueberzeugung sei, daß so alle Deputationen und Bürgerschaftsmitglieder handelten. (Beifall.)

Herr Holzmeier: Ich stelle fest, daß Herr Runoth erstens gesagt hat — — —

Präsident: Sie können jetzt nichts feststellen, sondern haben das Wort nur zur Aufklärung des Tatsächlichen.

Herr Holzmeier: Es handelt sich um eine Aufklärung des Tatsächlichen. Ich erinnere an die Worte, die Herr Runoth eben gesagt hat, den Wortlaut kann ich natürlich nicht genau wiedergeben. Er hat gesagt erstens, Mitglieder der Bürgerschaft, die Arbeiten für den Staat übernehmen, hätten keinen Einfluß auf Vergewöhnungen, zweitens, sie hätten niemals ihre Interessen gegenüber den Staatsinteressen in den Vordergrund gestellt. Das kann Herr Runoth doch nicht wissen, es kann doch niemand einem andern in das Innere sehen. Es liegt aber eben System — — —

Präsident: Das ist keine Aufklärung des Tatsächlichen.

Herr Bruns: Herrn Staatsbaurat Knop gegenüber möchte ich feststellen, daß der betreffende Passus im Programm lautet:

Für die Erzeugung von Dampf zu Heizungszwecken und für den Maschinenbetrieb sind drei Hochdruckdampfkessel mit Betriebsspannungen bis zu 10 Atmosphären Ueberdruck vorgesehen.

10 Atmosphären Druck sind also vorgesehen. Ferner konstatiere ich, daß in dem Programm auch nicht ein Wort davon steht, daß für die Anlage nicht Dauerbetrieb vorgesehen sei. Das entspricht dem, was ich ausgeführt habe. Aber die Ausführungen des Herrn Knop — — —

Präsident: Das ist keine Aufklärung des Tatsächlichen.

Herr Schierenbeck: Herr Busch hat vorhin ausgeführt, daß, als die Kommission das Technikum beauftragt habe, der Direktor nicht anwesend gewesen sei. Tatsächlich habe ich zu erklären, daß der Direktor mir auf meine Frage mitgeteilt hat: Ich bin während der Sitzung der Kommission im Technikum gewesen.

Herr Behle: Herr Bruns hat behauptet, daß die Luftklappen, von denen ich gesagt habe, daß sie beseitigt seien, noch vorhanden seien. Ich konstatiere, daß in der Kommission festgestellt worden ist, daß diese Luftklappen und die Ablüftung zum großen Teil beseitigt oder außer Betrieb gesetzt sind.

Weiter hat Herr Dr. Böhmert gesagt: „Im Gegensatz zu Herrn Behle sage ich, daß die Firma Bruns eine leistungsfähige Firma ist.“ Das Gegenteil habe ich nicht behauptet. Ich habe nur gesagt, daß die Firma Bruns nicht die alleinige leistungsfähige Firma in Bremen sei. Wir haben acht Firmen, davon sind verschiedene Firmen für Staatslieferungen ebenso leistungsfähig wie Herr Bruns.

Herr Busch: Herrn Schierenbeck gegenüber möchte ich aufklären, daß, wenn die Balanzklappen geschlossen sind, kein Schnee durchkommen kann.

Ferner möchte ich aufklären, daß die Doppelfenster, wie sie jetzt vorgeschlagen sind, nur bis zur Kämpferhöhe reichen. Wenn die oberen undicht sind, schneit es doch hindurch.

Herr Blanke: Ich konstatiere, daß nicht nur im Technikum die Luftklappen hinter den Heizkörpern zugemauert sind, sondern auch in den Volksschulen. Das ist verfügt, damit nicht direkt Kälte an die Heizkörper kommt.

Herr Ed. Achelis: Gegenüber den letzten Worten des Herrn Behle, Herr Bruns sei allein aufgefordert, es seien aber andere leistungsfähige Firmen, die nicht aufgefordert würden, erkläre ich, daß bei Heizungen immer drei bis vier, manchmal alle acht Firmen aufgefordert werden. Die Firma Bruns befand sich immer in leistungsfähiger Gesellschaft, wenn ihre Offerte angenommen wurde.

Herr Bruns: Herrn Behle gegenüber, der behauptet hat, mein Luftumwälzungsverfahren wäre beseitigt, verweise ich auf die Ausführung der Baudeputation in der Mitteilung des Senats vom 11. April 1913:

Es wurden daher in den vorjährigen Sommerferien die Düsenrohre, die vorher nur etwa 20 cm in die Heizkörper hineinreichten, nahe bis auf die ganze Länge der Heizkörper vergrößert, wie es bei Neuanlagen, wo Düsenrohre angewendet werden, jetzt auch geschieht.

Das ist ein Luftumwälzungsverfahren in verbesserter Auflage!

Herr Behle: Herr Achelis behauptet, daß bei Vergabe von Arbeiten mindestens 3—8 Firmen aufgefordert würden. Ich konstatiere, daß bei dem Gewerbehaufe nur zwei Firmen aufgefordert worden sind, und Herr Bruns, als Präses der Gewerbelammer, hat die Anlage erhalten. (Heiterkeit.)

Der Schlußantrag wird angenommen.

Präsident: Wir müssen über die Anträge der Kommission getrennt abstimmen. Wenn Antrag 1 abgelehnt wird, ändert sich die nach Antrag 3 zu bewilligende Summe.

Antrag 1 wird mit 55 gegen 44 Stimmen abgelehnt.

Antrag 2 wird angenommen.

Präsident: Antrag 3 ist abzuändern, es sind jetzt nur 11 000 M. zu bewilligen.

Der so veränderte Antrag 3 wird angenommen.

Präsident: Ich möchte vorschlagen, jetzt die Sache zu verhandeln: „Vermehrung des Beamtenpersonals in der Strafanstalt“, welcher Verhandlung Herr Senator Hildebrand und Herr Direktor Fliegenschmidt beizuwohnen werden.

Am Schlusse der Sitzung bitte ich die Mitglieder des Bürgeramts, hier zusammenzutreten.

Ich möchte vorschlagen, meine Herren, daß wir, um am Sonnabend eine Sitzung zu vermeiden, noch einige kleinere Sachen erledigen, während wir die größeren bis zum nächsten Mittwoch zurückstellen können.

Es erhebt sich kein Widerspruch.

4. Vermehrung des Beamtenpersonals in der Strafanstalt.

Senatskommissar Herr Senator Hildebrand, Beigeordneter Herr Direktor Fliegenschmidt.

Senatskommissar Herr Senator Hildebrand: In dem Antrage unter 2 hat sich ein Versehen insofern eingeschlichen, als gesagt ist: „Ein Hilfsoberaufseher mit einem Gehalte von 1900 bis 2800 M (5 zu 180) und unter Anrechnung von 300 M auf freie Wohnung und mit Ruhegehaltsberechtigung. Es schien zweifelhaft, ob dem Beamten freie Wohnung gegeben werden könne. Es steht aber fest, daß ihm keine freie Wohnung gegeben werden kann. Die Worte „unter Anrechnung von 300 M auf freie Wohnung und“ müssen daher gestrichen werden.

Herr Kruse: Bei der Beamtenvermehrung der Strafanstalt scheint man etwas merkwürdig vorgegangen zu sein. Bei der Vermehrung der Beamten hat man bei den hohen angefangen und hat dem Anstaltsgeistlichen gleich eine Hilfskraft bewilligt. Mir ist es zweifelhaft, ob an der Strafanstalt ein zweiter Geistlicher angestellt werden muß. Dafür sind 2000 M eingestellt. Ob das angegebene Arbeitspensum der Anstaltsgeistlichen auf einen Tag oder auf eine Woche verteilt wird, ist aus dem Bericht nicht zu ersehen. Ich meine aber, man könnte mit einem Geistlichen auskommen, denn nach der allgemeinen Auffassung ist durch den Anstaltsgeistlichen noch nie ein Gefangener gebessert worden. Sollte es doch einmal vorgekommen sein, so wird das ein vereinzelter Fall gewesen sein. Ich führe das nur an, damit ich ein Gegenstück habe zu dem, was ich jetzt anführen werde. Es heißt im Berichte auf Seite 1752:

Tagesaufseher haben alle 14 Tage dreimal freien Nachmittag und außerdem innerhalb 14 Tagen einen halben oder einen ganzen Sonntag frei, wenn alle Beamte Dienst tun, d. h. niemand krank ist.

Wenn von diesem großen Personal aber einer krank oder vielleicht beurlaubt ist, dann müssen die Kollegen

dessen Dienstzeit mit übernehmen auf Kosten ihrer freien Zeit. Also die freie Zeit steht nur auf dem Papier, in Wirklichkeit werden die Leute die freie Zeit nicht haben. Es wäre sehr interessant, wenn im Berichte ausgeführt wäre, wie oft den einzelnen Aufsehern die freie Zeit genommen ist.

Etwas, was mehr einschneidend ist, steht auf derselben Seite zu lesen. Es heißt da:

Bei dem Personal des Weiberhauses ist sonach eine bedeutend größere Bewegung durch Ein- und Austritt zu bemerken, als bei dem männlichen Aufsichtspersonal, was sich daraus erklärt, daß passende widerstandsfähige weibliche Personen nur schwer zu finden und fast noch schwerer zu halten sind.

Herr Präsident! Meine geehrten Herren! Vierzehn Stunden müssen die Aufseherinnen Dienst tun, und dann dürfen sie die Anstalt noch nicht verlassen. Was hat das zu bedeuten? Sie müssen weiteren Dienst verrichten, wenigstens müssen sie zur Stelle sein, damit man sie zum Dienst heranziehen kann. Daß eine solche Tätigkeit eine ganz aufreibende ist, das werden Sie zugeben. Und da heißt es weiter im Berichte:

Die Einwirkung dieser Eingeschlossenheit kann auch nach der Ansicht des Hausarztes nur durch möglichst ausgiebige Bewegung in frischer Luft ausgeglichen werden.

Ist das möglich bei diesen Aufseherinnen? Wenn sie vierzehn Stunden Dienst tun, dann haben sie für sich noch zu tun oder zu arbeiten. Woher sollen sie dann noch eine ausgiebige Zeit zum Spazierengehen nehmen? Der Tag hat nur 24 Stunden. Daß es bei einem solchen Zustande nicht möglich ist, weibliches Personal zu halten, ist wohl erklärlich. Wenn einem Dienstmädchen eine 14stündige Arbeitszeit auferlegt würde, das Haus nie verlassen dürfte und sich nur im Hof an frischer Luft erholen könnte, dann dürfte es wohl unmöglich sein, ein Dienstmädchen zu halten. Wir können mit der Vermehrung, so wie sie die Deputation vorschlägt, nicht einverstanden sein. Ich erlaube mir deshalb, folgenden Antrag zu stellen:

Auf Seite 1750 unter 3 „eine Aufseherin“ zu streichen und dafür einzuschalten „soviel anzustellen, daß ein täglicher Arbeitsdienst von zehn Stunden ermöglicht wird.“

Ich glaube, wenn wir das einfügen, dann wird es der Deputation oder der Inspektion möglich, ihr weibliches Personal zu halten. Ich bitte deshalb, meinen Antrag anzunehmen.

Präsident: Haben Sie den Antrag formuliert?

Herr Kruse: Es ist sehr einfach:

Statt „eine Aufseherin“ soll gesagt werden „soviele Aufseherinnen, daß jede Aufseherin eine zehnstündige Dienstzeit haben kann“.

Präsident: Herr Kruse, Sie wollen also sagen, „eine Zahl von Aufseherinnen, die es ermöglicht, ihnen eine zehnstündige Dienstzeit zu geben“.

Der Antrag wird genügend unterstützt.

Senatskommissar Herr Senator Hildebrand: Ich könnte eigentlich für das Wohlwollen, das in den Worten des Herrn Kruse für die Aufseherinnen liegt, nur dankbar sein. Ich meine aber doch, daß die Bürgerschaft es der Deputation überlassen sollte, in der Beziehung weitergehende Anträge zu stellen. Was vorgeschlagen wird, genügt, unserer Ansicht nach, um eine elfstündige Arbeitszeit für die Aufseherinnen durchzuführen. Sollte sich dies dadurch aber doch nicht erreichen lassen, so werden wir darauf zurückkommen. Ich glaube, die Bürgerschaft kann unbedenklich zunächst dem Antrage der Deputation stattgeben und sich darauf verlassen, daß auch bei der Deputation Wohlwollen für die Aufseher vorhanden ist.

Herr Kalms: Den Ausführungen des Herrn Senatskommissars kann ich mich anschließen. Der Dienst der Beamten ist ein anstrengender, aber Sie können versichert sein, daß die Deputation, der auch ich als Mitglied angehöre, bestrebt sein wird, sobald es sich zeigt, daß die Beamten überanstrengt sind, auch mit Anträgen kommen wird.

Was die Anstellung des Pastors betrifft, so waren darüber in der Deputation selbst Meinungsverschiedenheiten. Ich stand auf dem Standpunkt, daß man für die Gefangenen nur alle 14 Tage Gottesdienst abhalten solle: einen Sonntag für die Insassen des Gefängnisses und einen Sonntag für die des Zuchthauses. Das hätte meines Erachtens auch genügt. Aber in dem Bericht des Direktors der Strafanstalt wird hervorgehoben, daß der Pastor überlastet ist.

Eins aber möchte ich noch hinzufügen. Es ist wohl übersehen worden, für die Tages- und Nachtaufseher Ruhegehaltsberechtigung zu beantragen. Ich möchte den Antrag stellen,

daß die Worte „mit Ruhegehalt“ hinter das Wort „Aufseher“ eingefügt werden.

Senatskommissar Herr Senator Hildebrand: Der Antrag Kalms ist nicht erforderlich. Für die Aufseher besteht bereits die Ruhegehaltsberechtigung, ebenso für den Kanzlisten, sie braucht also nicht besonders beantragt zu werden. Wenn aber eine neue Stelle geschaffen wird, wie hier die des Hilfsoberaufsehers, dann muß über die Ruhegehaltsberechtigung besonders beschlossen werden.

Im übrigen, da ich einmal das Wort habe, möchte ich auf die Ausführungen des Herrn Kruse wegen des

Geistlichen eingehen und doch dringend bitten, eine Aenderung an den Anträgen der Deputation nicht vorzunehmen. Ein besonderer Antrag ist übrigens von Herrn Kruse nicht gestellt worden. Die geistliche Versorgung der Zuchthausgefangenen ist ein dringendes Bedürfnis, der Anstaltsgeistliche kann sie neben der Versorgung des vergrößerten Gefängnisses nicht bewältigen, und es ist nicht leicht, einen Geistlichen dafür von außerhalb zu gewinnen; am rechten Weserufer würde kein Herr für diesen Zweck zu haben sein. Ich würde sehr bedauern, wenn es die Meinung der Bürgerschaft sein sollte, daß die Zahl der Gottesdienste verringert werden könnte. Man sollte den Gefangenen die sonntäglichen Gottesdienste gönnen, ich bin überzeugt, daß die Einwirkung der Geistlichen da sehr segensreich sein wird, wie sie es auch seither gewesen ist.

Präsident: Herr Kalms, ich nehme an, daß Sie nach diesen Ausführungen Ihren Antrag zurückziehen. (Herr Kalms stimmt zu.)

Herr Kruse: Ich bin durch die Worte des Herrn Senatskommissars, die Herr Kalms bestätigt hat, in meiner Meinung noch befestigt worden. Es handelt sich bei den Aufsehern um eine aufreibende Tätigkeit. In dem Bericht steht, und auch der Herr Senatskommissar hat es ausgeführt, daß durch die Anstellung von fünf Aufseherinnen unbedingt eine elfstündige Arbeitszeit eingeführt würde. Nach dem Bericht des Direktors aber ist die Anstellung der fünf Aufseherinnen durch die Vergrößerung der Anstalt notwendig geworden, sie werden durch die Vergrößerung voll in Anspruch genommen. Ich bitte Sie daher, meinem Antrage zuzustimmen, der nichts besonderes verlangt, sondern nur Menschliches. Die Arbeitszeit der Arbeiter in staatlichen Betrieben ist längstens zehn Stunden, ausnahmsweise elf Stunden, sonst beträgt die Arbeitszeit im allgemeinen neun Stunden. In der Strafanstalt, wo es sich um einen sehr schweren Dienst handelt, beträgt die Arbeitszeit 14 Stunden. Wir sollten auf jeden Fall dafür sorgen, daß sie vermindert wird. Ich bitte Sie, meinem Antrage zuzustimmen.

Herr Kalms: Ich habe vorhin nur darauf hinweisen wollen, daß in der Deputation verschiedene Meinungen bestanden haben, einen Antrag habe ich in bezug auf den Geistlichen nicht stellen wollen.

Das Amendement Kruse wird abgelehnt.

Die Anträge der Deputation werden unter Streichung der Worte „und unter Anrechnung von 300 M auf freie Wohnung und“ im Antrag 2 angenommen.

Nr. VII der Tagesordnung:

Mitteilung des Senats vom 5. Dezember 1913:

4. Regulierung der Straße Vor dem Steintor.

Herr Speckmann: Herr Präsident! Meine Herren! In dem Bericht wird gesagt, daß die Regulierung keineswegs dringlich sei. Ich behaupte aber, daß sie sehr notwendig ist und zwar im Interesse des Verkehrs. Vor dem Erbe Nr. 64—74 befindet sich eine Haltestelle der Straßenbahn. Da ist die Fahrbahn so schmal, daß die Fahrgäste, die dort aussteigen, stets in Lebensgefahr schweben. Es sind dort auch schon mehrere Unglücksfälle vorgekommen. Ueber die Grundstücke Nr. 64—74 ist ja, wie im Bericht steht, verhandelt, aber die Verhandlungen sind jetzt abgebrochen wegen zu hoher Forderungen. Mir ist gesagt worden, es handelte sich um 35 000 M. Dafür muß der Eigentümer 134 qm von der Hauptfront abtreten. Ich weiß nicht, ob das zu viel ist. Aber wenn man bedenkt, daß wir neulich Schünemann für 21 qm 16 000 M. bewilligt haben, so erscheint es mir nicht zuviel. Ich möchte Herrn Lauts bitten, die Verhandlungen wieder aufzunehmen, vielleicht läßt sich bei gutem Willen eine Einigung erzielen. Wir würden jedenfalls ein gut Stück vorwärts kommen, wenn hier reguliert und ein neues schönes Gebäude errichtet würde. Es würden dann nur noch übrig bleiben die Häuser Nr. 78, 80 und 84. Hier wird keine Einigung zu erzielen sein, da wird nichts anderes übrig bleiben als die Enteignung. Wegen des Ganges zwischen Nr. 174 und Nr. 176 und der Häuser Nr. 159 und Nr. 161 habe ich nichts zu erinnern, da sie so wenig vorspringen, daß wir eine spätere Regulierung ruhig abwarten können. Ich bitte Herrn Lauts nochmals, möglichst für eine Einigung zu sorgen, Sie würden sich damit den Dank der ganzen Vorstadt erwerben.

Herr Lauts: Ich kann Herrn Speckmann erwidern, daß ich jeden Augenblick bereit bin, mit den Besitzern auf die fairste Weise zu verhandeln. Aber unser Prinzip dürfen wir nicht durchbrechen. Die Fluchtlinie ist vor 17 Jahren gelegt, die Leute sind nicht rechtzeitig zurückgetreten, da können wir diesen Leuten nicht in der Weise entgegenkommen, wie wir den Leuten haben entgegenkommen können, die rechtzeitig zurückgesprungen sind. Das wäre direkt eine Ungerechtigkeit den anderen gegenüber. Zu Verhandlungen sind wir auf die fairste Weise bereit, wenn die Leute einen Bauantrag einreichen, nach dem sie bis an die Fluchtlinie zurücktreten. Wir warten nur auf die Leute. Ich möchte aber die Vertreter der Bürgervereine bitten: Ueben sie einen Einfluß auf die Leute aus, damit sie mit Bauanträgen und mit angemessenen Forderungen kommen. Daran aber liegt es: es werden Summen gefordert, die ganz außer Verhältnis stehen.

Herr Speckmann: Wenn man die Zeichnung ansieht, so muß man sich unwillkürlich sagen: es handelt sich außer dem großen Erbe nur um drei schmale Häuser, die beseitigt werden müssen. 17 Jahre liegt die Fluchtlinie da, und wenn die Behörde nicht eingreift, können die Häuser noch wer weiß wie lange so liegen. Es muß da energisch vorgegangen werden, sonst behalten wir den Zustand noch 30 Jahre. Ich möchte Herrn Lauts bitten, im Interesse des Verkehrs dafür zu sorgen, daß wir einig werden. Wenn es zu lange dauert, dann werden wir die andern drei jedenfalls ankaufen.

Präsident: Wir nehmen die Mitteilung dankend entgegen.

Nr. VIII der Tagesordnung:

Mitteilung des Senats vom 9. Dezember 1913:

1. Agronomisch-geologische Aufnahme des bremischen Staatsgebietes.

Herr Dr. Scherer: Die Juristische Kommission hat nichts zu bemerken.

Herr Direktor Dr. Böhmert: Wir werden selbstverständlich für den Antrag eintreten. Im Bericht wird gesagt, daß das Blatt für Delmenhorst nicht in Angriff genommen werden solle, weil es zu wenig in das bremische Gebiet übergreift. Nun ist mir von fachverständiger Seite gesagt worden, daß gerade dieses Blatt großes Interesse bieten würde, weil die geologischen Verhältnisse dort von besonderer Bedeutung sind und weil insbesondere dort große Ziegeleien liegen, deren Aushebungen einen Einblick in die unter der Oberfläche liegenden Schichten gestatten. Ich möchte dem Wunsche Ausdruck geben, daß man bei den Verhandlungen mit der oldenburgischen Regierung darauf Bedacht nehmen möge, daß gerade das Blatt Delmenhorst mit kartiert werde.

Herr Lauts: Ich möchte den Wunsch aussprechen, daß zunächst das Gebiet untersucht werde, welches besonders für unsere zukünftige Bebauung in Frage kommt, denn es ist wichtig, zu wissen, ob sich der Boden für große oder für kleine Häuser eignet. Wenn der Boden moorig ist, müssen stärkere Fundamente angelegt werden, und solche kommen für Kleinhäuser nicht in Frage.

Der Antrag des Senats wird angenommen.

4. Bauliche Aenderungen auf den Fuhrparkstellen IV (Nordstraße) und V (Hafstedt).

Der Antrag wird ohne Debatte angenommen.

Nr. IX der Tagesordnung:

Mitteilung des Senats vom 12. Dezember 1913:

5. Kohlenstraße.

Herr Jürgens: Am 5. Juli 1905 hat die Bürgerschaft diesen Bericht erbeten. Es sind also zirka neun Jahre ins Land gegangen, um diesen Bericht zu bekommen. Ich glaube, wenn von dieser Stelle oder von den Bürgervereinen aus nicht immer wieder auf die Zustände in der Kohlenstraße hingewiesen wäre, dann müßten wir noch lange warten. Nun erhält sich der Glaube: Was lange währt, wird endlich gut. Und deshalb sollte man glauben, der Bericht wäre anders ausgefallen. Aber das wenige Gute, welches im Berichte steht, ist nicht aufrecht zu erhalten. Es werden im Berichte zwei Freibrunnen erwähnt. Die sind auch aufgestellt gewesen, aber vor Jahren ist einer derselben entführt, und beim zweiten ist die Abnahme von Wasser aufgehoben. Das Gute, was im Berichte steht, ist nicht aufrecht zu erhalten. (Zuruf von Herrn Blome.) Verstehen Sie doch recht, Herr Blome! Schlimm sieht es mit den Klosetts aus. In den einzelnen Lägern sind Aborte mit Tonnen, die von Alles abgeholt werden. Das sind die günstigsten. In andern Lägern und Schuppen sind Eimer, der Unterschied liegt aber darin, daß sie früher von Landbewohnern abgeholt wurden. Jetzt werden sie in Düngergruben entleert, die vorhanden sind, und das verstößt gegen die bremischen Gesetze und ist strafbar. Jeder Besitzer einer Düngergrube wird mir Recht geben, daß die Eimer darin nicht mehr entleert werden dürfen. (Zuruf: Sind überhaupt keine!) Die Arbeiter dort sind auf die benachbarten Wirtschaften angewiesen. Ich möchte bitten, daß die Straße in einen ordentlichen Zustand versetzt werde. Gerade in diesem Augenblicke befindet sie sich in einem Zustande, der jeder Beschreibung spottet. Es wäre jetzt der geeignete Moment, wo der Kommissar für Eisenbahnangelegenheiten sich von dem Zustande in der Straße überzeugen müßte. Ich möchte bitten, meinen Antrag, den ich verlesen werde, anzunehmen, denn die Kohlenstraße ist auch noch nicht kanalisiert.

Die Bürgerschaft ersucht den Senat, die Polizeidirektion mit einem Bericht darüber zu beauftragen, ob die in den Häusern und Schuppen an der Kohlenstraße eingerichteten Klosetts in sanitärer Hinsicht einwandfrei sind.

Herr Blome: Es ist richtig, daß der Bericht lange gedauert hat. Man pflegt zu sagen: Was lange währt, wird gut. Hier ist das Gegenteil der Fall. Es ist richtig, daß die Kohlenstraße ein Schmutz-

kind der Stadt Bremen war und daß wir uns verschiedene Male damit beschäftigt haben. Aber eins ist mir aufgefallen, daß gesagt wird, daß keine Einigung erzielt war und daß nur vom Eisenbahnfiskus die Erlaubnis erteilt worden sei, dort Wasser- und Gasröhren zu legen auf Kosten des Staates. Ich meine, daß wir uns vor 10, 12 Jahren damit beschäftigt haben, daß Privatgänge und -wege, falls sie dem öffentlichen Verkehre übergeben sind oder dienen, von den Privateigentümern beleuchtet werden müssen. Ich glaube, daß auch ein Gesetz darüber besteht. Nun meine ich, wenn die Deputation mit dem Eisenbahnfiskus acht Jahre verhandelt über eine solche Bagatelle, dann liegt nichts näher, als eine Probe aufs Exempel zu machen und dem großen Bruder Preußen einen Prozeß an den Hals zu hängen. Dann würde sich herausstellen, ob es richtig ist, was der Eisenbahnfiskus behauptet, daß er nicht verpflichtet sei, die Kanalisation und Beleuchtung dieser Straße zu bezahlen. Ich bin der Meinung, daß der Eigentümer dieser Straße, der die Schuppen im Besitze hat, der sie vermietet und also Einnahmen von dieser Straße hat, der also auch den Nutzen davon hat, verpflichtet ist, dieselbe in ordnungsgemäßem Zustande zu erhalten, weil es eine Privatstraße und dem Verkehre übergeben ist, sie auch beleuchten zu lassen. Ich meine, der Vertreter der Eisenbahn muß darauf hinwirken können, und wenn es nicht anders geht, dann bin ich der Meinung, daß wir es auf einen Prozeß ankommen lassen sollten. Denn wir wissen, daß wir von Preußen immer so recht schön über den Löffel barbiert werden. Bremen muß immer zahlen und hergeben, und ich meine, daß wir in dieser Weise einmal anregen sollten, ob nicht doch daraus etwas Gesundes hervorkommen würde, denn der Zustand in der Kohlenstraße ist unhaltbar, wenn nicht etwas Ordentliches geschaffen wird. Dem Antrage des Herrn Jürgens stimmen wir zu.

Der Antrag Jürgens wird angenommen.

6. Errichtung von zwei neuen ordentlichen Lehrerstellen an den gewerblichen Schulen.

Der Antrag wird ohne Debatte angenommen.

7. Baumpflanzungen im südlichen Fußwege des alten Postweges von Hastedter-Chaussee bis Kirchhofstraße und in der Brückenstraße von Neustadtswall bis Kornstraße.

Der Antrag wird ohne Debatte angenommen.

8. Umgestaltung der Bahnhofsanlagen.

Der Antrag wird ohne Debatte angenommen.

9. Beschaffung weiteren Inventars für das Technikum.

Der Antrag wird ohne Debatte angenommen.

Nr. X der Tagesordnung:

Mitteilung des Senats vom 20. Dezember 1913:

9. Errichtung einer neuen ordentlichen Lehrerstelle an der Fortbildungsschule für Kleinhandel.

Der Antrag wird ohne Debatte angenommen.

13. Errichtung einer Oberlehrerinnenstelle und einer ordentlichen Lehrerstelle am Volksschullehrerinnenseminar.

Der Antrag wird ohne Debatte angenommen.

Präsident: Ich schließe die Sitzung und bitte die Mitglieder des Bürgeramts, hier zusammenzutreten.

Schluß der Sitzung 10 Uhr.